

Nr. 145 // Juli / August 08

CHAOS

Was sonst ?

Liebe Leute,

doch, doch, die Zeck gibt es erstmal noch. Dank eurer Spenden. Nur sind wir leider etwas spät dran - die Umstände!
Dadurch sind manche Termine oder Inhalte vielleicht schon etwas veraltet, wenn ihr diese Ausgabe der Zeck in euren Händen habt.

In dieser Ausgabe findet ihr wieder einiges zu der Sexismusdebatte in Hamburg. In dem Zusammenhang haben wir auf Seite 9 noch extra etwas geschrieben.

Am 11. Juni wurde die Wohnung eines Transmitter-Redakteurs durchsucht. Pfui! Dazu haben wir einige Infos aus einem Artikel und aus dem Netz zusammengesucht, da uns bisher keine direkten Informationen vom FSK erreicht haben. Für weiteres verweisen wir außerdem auf den aktuellen Transmitter.

Uns ist zu Ohren gekommen, dass die beiden im August in Hamburg stattfindenden Camps noch nach Unterstützung jeglicher Art suchen. Informiert euch doch mal auf deren Internetseiten über die nächsten Treffen. Das hört sich nämlich alles ganz schön interessant an! Auf der Seite 8 erhaltet ihr einen Überblick über die bisher geplanten Aktionen.

Let´s rock the city!

ZECK

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf Datenträgern (CD, Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

Konferenz "Antisexistische Praxen II" 12. und 13.07. Berlin, Mehringhof

Hallo, wir möchten dich zu der Konferenz "Antisexistische Praxen II" einladen. Willkommen sind wie letztes Jahr Menschen jeden Geschlechts, also allgender. Einzelne Workshops und Veranstaltungen können bei Bedarf auch nur für bestimmte Geschlechter stattfinden. Die Konferenz bietet einen Ort des Kennenlernens und es Austausches von Erfahrungen zwischen verschiedenen Städten und Regionen.
Alltagssexismus, Möglichkeiten antisexistischer Intervention und antisexistischer Politik, Unterstützungsarbeit bei Sexismus und sexualisierter Gewalt, Definitionsmacht und Parteilichkeit, all das soll wieder Thema sein. Dieses Jahr würden wir aber gerne sowohl noch theoretischer werden und stärker die Strukturen, die Sexismus zugrunde liegen, durchleuchten, als auch noch praktischer werden, mit konkreten Aktionen.
Reden über Sexismus und Antisexismus ist nicht einfach und potenziell verletzend. Deshalb bemühen wir uns, einen Rahmen zu schaffen, in dem ein möglichst sicheres Reden gegeben ist, als auch Orte des Auffangens vorhanden sind.
Für einzelne Workshops wird es Gebärdensprache geben, bitte maile uns, wenn du Bedarf hast. Weiteren Übersetzungsbedarf wollen wir vor Ort klären.

Weitere Infos:
www.antisexisat-perspektives.so36.net
Mail: antisexistisches-praxen@riseup.net

* *

Mit Sicherheit!
Konstruktion "unsicherer Räume" zur Etablierung "innerer Sicherheit"

Spätestens seit dem 11.09.2001 wird durch Politik und Medien, das Konzept der inneren Sicherheit massiv und ohne nennenswerten gesellschaftlichen Widerspruch vorangetrieben.
Unter dem Vorwand drohender terroristischer Attentate scheinen Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen keine Grenzen mehr gesetzt. Überwachungstechnische Schritte wie Onlineüberwachung, Kameras auf öffentlichen Plätzen und umfassende Datensammlungen stellen tiefste Einschnitte in Persönlichkeitsrechte und Datensicherheit dar und waren zuvor in diesem Maße und in diesem Tempo kaum denkbar. Losgelöst von jeglicher tatsächlicher Bedrohung werden sie in breiter Form akzeptiert, ermöglicht und durch Teile der Gesellschaft aktiv unterstützt.
Dabei wird bewusst mit der Angst der Mehrheitsgesellschaft vor vermeintlich kriminellen Ausländer_innen, bewaffneten Jugendbanden oder Drogenabhängigen, kurz: allem, was vermeintlich fremd erscheint, gespielt. Sie dient als Legitimationsgrundlage für die Politik der Diskriminierung und Ausgrenzung.
Welche rassistischen und sexistischen Grundannahmen werden durch Überwachung und Repression immer wieder neu hergestellt? Wer oder welche gerät als potentieller "Gefährder_in" in den Fokus und wie wirkt sich das in der Gesellschaft aus? Welche Mechanismen sind es eigentlich, die angeblich gefühlte Unsicherheit breiter Gesellschaftsschichten produzieren, während Kriminalstatistiken eine andere Sprache sprechen? Was steckt hinter dem Begriff "unsichere Räume" und welche Räume sind sicher?
Im Rahmen der Veranstaltung werden Referent_innen zunächst mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine Einschätzung der aktuellen Situation in Deutschland und Europa geben. Sie werden erörtern, wie das Konzept "innere Sicherheit" das Gesicht einer Stadt verändert. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Konstruktion und Reproduktion von Rassismen. Im zweiten Teil wollen wir nach Ansätzen suchen, die das Konzept der "inneren Sicherheit" aktiv unterlaufen, und über Perspektiven unserer eigenen Handlungsfähigkeit im Sinne einer chaotischen Stadt diskutieren.
Referent_innen: Renate Ruhne, Bernd Belina und Eric Töpfer

Info- und Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Mobilisierung zum Antira-Camp vom 16. - 24.08.2008 in Hamburg (http://camp08.antira.info)
Veranstaltungszeit: 9. Juli 2008 19:30 Uhr (Einlass ab 19:00 Uhr)
Veranstaltungsort: Uebel & Gefährlich (Feldstraße 66, Hamburg St. Pauli)

Unterstützung durch den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

* *

"Mit der Sense in der Hand"

utopisches Gärtnern vom 03. - 13.08.08 auf unserem Waldgartengelände in der Nähe von Verden/Niedersachsen.
11 Tage zelten, arbeiten, Sonne genießen! Hast du Lust? Mehr über uns findest du unter www.allmende.de.vu oder 04231-905030

* *

ABC-Cafe in Norddeutschland
Ab Juli werden wir vom ABC-Orkan regelmäßig alle 2 Monate das ABC-Cafe im LIZ (Libertaeres Zentrum im Karoviertel) in Hamburg veranstalten. Bei diesem wollen wir in gemütlicher Atmosphäre bei Snacks und Getränken über Gefangene berichten, Briefe schreiben, Filme gucken uvm. Ihr könnt euch am Infotisch mit Broschüren zu Antiknast, Anarchismus usw. eindecken. Außerdem werden wir die neue Entfesselt immer beim Cafe verteilen.

Die nächsten Termine:
11. Juli, 12. September, 14. November.
Wir freuen uns euch zu sehen

ABC-Orkan
Abc-orkan@riseup.net

* *

Gelöbnis in Lüchow?
- Gelöb NIX ! überall
Die Bundeswehr plant am 16. August 2008 eine öffentliche Rekrutenvereidigung in Lüchow. So ist es jedenfalls der "Anlage zu parl Sts beim Bundesminister der Verteidigung" in der "Übersicht über durchgeführte oder geplante feierliche Gelöbnisse der Bundeswehr außerhalb militärischer Liegenschaften im Jahr 2008" mit Stand vom 9.4.2008 zu entnehmen. Dies entspricht ganz sicherlich dem Wunsch des Bundeswehr Patenschafts-Vereins der Stadt Lüchow und des Aufklärungslehrbataillons
3 in Lüneburg, die sich auch um ein "Militärmusikkorps für die musikalische Untermalung" bemühen.
Eine neue Qualität hat der Einsatz der Bundeswehr im Innern während des G8-Gipfels im Sommer 2007 erreicht: da stehen Spürpanzer auf dem Weg zur Gentechnischen Forschungsanstalt, das Kreiskrankenhaus Bad Doberan wird zum Großversuch zivil-militärischer Zusammenarbeit, spezielle Aufstandsbekämpfungskräfte der Militärpolizei sind am Rostocker Flughafen tätig und als i-Tüpfelchen der polizeilichmilitärischen Überwachung fliegen Kampfjets der Bundeswehr über die Camps der DemonstrantInnen und fi lmen deren Zusammenkünfte ab. Da wundert es nicht, dass die Bundeswehr die privat veranstaltete Sicherheitskonferenz in der Münchener Innenstadt seit Jahren gleich von bewaffneten Soldaten bewachen lässt - immerhin haben sie keine DemonstrantInnen erschossen. Die Tätigkeit der Armee im Innern weitet sich schrittweise aus und es bedarf keiner großen Anstrengung, sich die "technische Amtshilfe" der Bundeswehr bei einer "komplizierten Großlage" für die Polizei bei den nächsten großen Demonstrationen vorzustellen. Oder um es etwas

deutlicher zu machen: Bei jedem der bislang polizeistaatlich durchgesetzten Castor-Transporte ins Wendland hat die Bundeswehr unbemerkt von der Öffentlichkeit offi zielle Amtshilfe geleistet.
Wir können uniformierte Horden aus ganz unterschiedlichen Gründen nur schwer ertragen. Unser Ziel ist klar und deutlich: Truppenstärke Null ! Wir widersprechen energisch und öffentlich der Militarisierung des öffentlichen Raumes und des politischen Denkens und Handelns.

Keine öffentliche Rekrutenvereidigung in Lüchow und anderswo! - GelöbNIX statt Gelöbnis. - Kein Frieden mit dem Aufklärungslehrbataillon 3 aus Lüneburg, das mit seinen "Fennek"-Spürpanzern den G8 in Heiligendamm vor Protesten abgesichert hat. - Kein Frieden mit dem Krieg der Bundeswehr - in Afghanistan und anderswo.

Wir sehen uns:
am 16. August 2008 in Lüchow (Wendland)

* *

Wutzrock will politisiert werden

Dieses Jahr wird zum 30. Mal das umsonst & draußen Festival "Wutzrock" in Allermöhe stattfinden. Dies ist Grund genug für uns einen kleinen Blick auf die Geschichte des Festivals zu werfen.
Sie beginnt 1978, als Jugendliche anfingen mit vielen kreativen Aktionen für ein autonomes, selbstverwaltetes Jugendzentrum in Bergedorf zu kämpfen. Zur Unterstützung dieser "JUZ, aber dalli!"-Bewegung beschloss man ein Festival zu organisieren, was auch gleichzeitig als eine Art großes Familientreffen für die Bergedorfer Jugendzentrumsbewegung fungierte. Wutzrock war geboren und 2.000 Menschen feierten das.
Die Bemühungen lohnten sich und es entstand das selbstverwaltete Jugendzentrum "Unser Haus", zum dem auch das "Café Flop" gehört.
Nicht nur "Unser Haus" gibt es seitdem immer noch, auch das Wutzrock-Festival wuchs immer mehr und wird inzwischen jedes Jahr von bis zu 15.000 Menschen an den drei Festivaltagen besucht. Dabei hat es an seinem unkommerziellen Charakter nichts eingebüßt. Noch immer wird Wutzrock von einem Kreis ehrenamtlicher Menschen organisiert, und finanziert sich ausschließlich über den Getränkeverkauf und die Standgebühren.
Allerdings wurde es immer schwerer, die linksradikalen Standpunkte bei steigender Besucherzahl noch öffentlich zu vermitteln. Zwar versuchte man sich als antifaschistisches Festival zu präsentieren, dennoch gab es immer wieder Nazis, Sexisten und andere Arschlöcher, die sich auf dem Festival breit machen wollten. So wurde das Wutzrock, im Gegensatz zum "Café Flop", in welchem immer noch antifaschistische Aktivitäten stattfinden, zunehmend von der Öffentlichkeit als mehr oder minder unpolitisches Festival wahrgenommen.
Uns als Bergedorfer Antifa ist es wichtig, dagegen zu halten. So gab es letztes Jahr nach langer Zeit endlich wieder ein von uns organisiertes Antifazelt auf dem Wutzrock, welches die Festivalbesucher über die regionalen Naziaktivitäten informierte. Dies wird es auch dieses Jahr wieder geben. Trotzdem ist dies nur ein bescheidener Anfang, wenn man das Ziel hat, dem Wutzrock seine linksradikale Außenwirkung wiederzugeben. Dazu bedarf es vieler engagierter Menschen, die es sich ebenfalls zur Aufgabe machen, das Wutzrock-Festival wieder zu politisieren. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig. Auch wenn das Organisieren von weiteren politischen Zelten für dieses Jahr zu knapp ist, so kann man sich dennoch im Wutzrock-Team engagieren. Ob man nun Tresenschichten übernimmt, bei der Security mitmacht oder einfach nur als Besucher am Wutzrock teilnimmt. Die Möglichkeit rassistischen oder sexistischen Sprüchen zu widersprechen ist immer gegeben, und somit auch die Möglichkeit, Wutzrock wieder zu einem linksradikalen Festival zu machen.

[uAGB]

News und Infos:
uagb.blogsport.de
www.wutzrock.de

* *

Ein leben ohne eXile ist ein Drekkhaufen!

Manchmal beschreiben kleine Ereignisse größere Veränderungen. So geschehen im letzten Monat. Die Plakatwand verkündete es von der Roten Flora. Das Cafe X hat geschlossen. Es war über Jahre hinweg mehr als eine Lieblingsadresse auf der Piazza. Wir haben viele Gespräche, Momente und Gegebenheiten im Kopf . Nirgends lies es sich schöner auf den Morgen warten, schwermütig philosophieren oder über die letzte Demo freuen. Es war Rückzugsraum, Treffpunkt und Bestandteil politischer Mobilisierungen. Das zweite Wohnzimmer der Flora und oft genug auch Außenposten bei polizeilicher Belagerung. Mit dem X ging mehr verloren als irgendeine Kneipe. Es war eine bleibende politisierte Struktur in einem sich immer rascher aufwertendem und entpolitisierenden Schanzenviertel. Das es dicht gemacht hat liegt auch daran, dass es sich nie als passiver Teil dieser Entwicklung betrachtet hat. Die Umstrukturierung ist schon seit Jahren im Gange und die meisten Dinge bemerkt man kaum ob der schleichenden Entwicklung. Doch durch die Schließung des X wird uns deutlich wie weit die Spirale von Aufwertung und Konsum fortgeschritten ist.
Die Solidarität mit der Flora oder mit betttelnden Leuten die aus anderen Länden rausgeflogen sind, die Haltung während den ungezählten Wasserwerfereinsätzen vor der Tür, das alles hat das X zu etwas Gewohntem gemacht, das doch Besonders war und das wir deshalb vermissen. Aber Unkraut vergeht nicht und der Kampf und das Leben geht weiter! Wir wünschen der gesamten Crew vom X alles Gute und das es irgendwann und irgendwo ein wiedersehen gibt und Enden mit einem Lied: Für euch soll's Rote Rosen regnen!
Unnötig zu sagen das wir den neuen Betreibern, die zu ihrem Besitz schon Omas Apotheke und das Frank und Frei rechnen können, natürlich alles Schlechte und Pech und Schwefel bis ans Ende ihrer Tage wünschen.



~ 20 Jahre Schanzenfest ~

Aufgepasst! Für alle, die es noch nicht erfahren haben: Am 6.9.2008 findet ein glamouröses Abenteuer der besonderen Art statt. Das Straßenfest im Schanzenviertel wird 20 und alle sind eingeladen dies zu Feiern. Wie immer bei solchen Anlässen gilt es, sich gebührend in Schale zu werfen. Das Schanzenfest ist während der Kämpfe gegen das Phantom der Oper und die anschließende Besetzung der Roten Flora entstanden.

Reclaim the Streets

Einstmals als direkte Aktionsform gegen das Bauprojekt entstanden, entwickelte es sich über die Jahre zu einer kulturpolitischen Großveranstaltung in der Schanze. Um einer völligen Kommerzialisierung entgegenzuwirken, findet das Fest seit Jahren nicht angemeldet statt. Nach verschiedenen polizeilichen Versuchen der Be- und Verhinderung des Festes, gilt es mittlerweile als durchgesetzt und wird von den Behörden mal mehr mal weniger toleriert. Es ist einerseits die mit Abstand größte "Reclaim the Streets" Veranstaltung in der Bundesrepublik. Andererseits aber auch eine Veranstaltung, die stark begleitet wird von einer unpolitischen Kommerzhaltung. Zwischendrin, wie immer, AnwohnerInnen mit ihren Flohmarktständen, nebenan ein schauriges Soundsystem das dem Ballerman alle Ehre machen würde, während am Anti-Castor Stand eins weiter Schienen zersägen geübt wird oder vor der Roten Flora besonders gelungene Zwillenschüsse mit Alibifahnen und Hasskappen belohnt werden. Die Veranstaltung entzieht sich Jahr für Jahr durch ihre wachsenden Widersprüche, im negativen wie im positiven, irgendwie jeder Form der Vereinnahmung oder eindeutigen Beschreibung. Etwas postmoderne und selbstgemachte Poptheorien helfen wenigstens etwas weiter im gebrochenen Licht der Wasserwerferscheinwerfer. Somewhere over the rainbow brennen währenddessen zwei Pappkartons.

Fight Gentrification!

Das Schanzenfest hat sich in den letzten Jahren ebenso sehr verändert wie der Stadtteil selbst. Der autonome linksradikale Blick auf solche Veränderungen ist meistens eher konservativ gefärbt. Am schönsten ist es, wie es schon immer war, und am besten soll alles beim alten bleiben. Veränderung ist meist negativ besetzt und bedeutet oft eher Aufwertung und Vertreibung, als selbstbestimmte Kampfe oder eine Auseinandersetzung um öffentliche Räume. Wir wollen diesen Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre aber ungebrochen nicht so ganz teilen. Sicher ist die Schanze teurer geworden, sind die Menschen die dort rumhängen größtenteils konsumorientierte Langweiler ohne Charme, Bewusstsein und Haltung. So sehr wir auch manchmal den einstigen Charme des unsanierten Viertels mit seinen Baulücken, Hausbesetzungen und Möglichkeiten vermissen. Die Kritik an der Schanze ist oft verknüpft mit einem Rückgriff auf ein Stadtteilbild der Achtziger Jahre. Damals existierte die Vorstellung von einer vergleichsweise heilen Welt aus Anwohner_innen, die als quasi revolutionäre Subjekte nur eine Initialzündung bräuchten, um in Antrieb zu kommen und das System zu stürzen. Solche Bilder sind inzwischen zurecht außerhalb der Diskussion und Vorstellungskraft. Herrschaft entwickelt sich eben nicht nur von oben und die früher so geschätzten proletarischen Millieus sind oft die größten Befürworter von Law and Order Parolen und ein eigenständig handelnder sicherheitspolitischer Faktor. Auch Umstrukturierung wurde als etwas erkannt, was nicht nur böse Stadtplaner_innen in finsteren Büros vorantreiben, sondern von dem wir selbst Teil sind. Ironischerweise sind es oft erst unsere geliebten kulturelllen Nischen, die gute Grundvoraussetzungen für Umstrukturierung herstellen. Das selbstsichere und arrogante Herziehen über vermeintliche Yuppies und Spießer, sollte jedem und jeder angesichts solcher Erkenntnisse nicht ganz so leicht über die Lippen gehen.

Es geht voran!

Eine politische Antwort auf diese Verhältnisse kann aber keinesfalls der Verzicht auf eine kritische Auseinandersetzung und Intervention im Stadtteil sein. Stattdessen gilt es, Schwachstellen in der kapitalistischen Konstruktion der Stadtentwicklung zu finden und aktiv gegen Standortpolitik und Aufwertung zu werden. Die unbeantworteten Fragen, die uns dabei begegnen, sprechen nicht gegen sondern für uns. Denn wirklich politisch ist der Wunsch nach dem Erhalt eines Status Quo niemals. Es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Es gibt nur die Möglichkeit sich beständig neu zu erfinden und ein sperriger, widerspenstiger Störfaktor zu sein. Egal ob Geschlechterrollen, politische Identitäten, liebgewordene Gewohnheiten oder vermeintliche Gewissheiten. So wie die Dinge liegen, liegen sie meist schlechter als in Bewegung. 20 Jahre Straßenfest soll deshalb kein sinnentleertes Jubiläum werden, sondern eine Einladung an alle, Veränderung als etwas positives und emanzipatorisches wahrzunehmen. Wir wissen letztlich nicht wie die Schanze in 20 Jahren aussehen wird. Aber in einem sind wir uns sicher: Viel schlechter als heute wird es nicht sein und der Widerstand wird sich ebenso weiterentwickeln, wie wir selbst. Freuen wir uns also auf die Dinge die es zu entdecken, in Frage zu stelllen und anzugreifen gilt. Wir feiern nicht die mit dem Lufthauch des Vergangenen verbundene Zahl zwanzig, sondern die Zwanzigtausend die von überall her kommen werden und selbstbestimmter Teil eines illegalen Straßenfestes sind. Die sich selbst organisieren und Stände, Konzerte oder politische Aktionen organisieren. Go create resistance! Oder eben Caipirinha...

Candle Light Dinner!

Die Polizei hat derweil ihre eigene Antwort auf die Verhältnisse schon lange gefunden. Bereits zwei Tage nach dem Schanzenviertelfest vom letzten Jahr hat die Hamburger Innenbehörde verkündet, im nächsten Jahr mit mehr Polizei vor Ort zu sein. "Wir werden noch mehr Beamte in Bereitschaft halten", teilte Polizeisprecher Reinhard Falllak launig mit. Immerhin waren zu diesem Wochenende ja nur 700 Beamte und 5-6 Wasserwerfer vor Ort. Soviel Elan ist verständlich, hat die Polizei in den letzten Jahren doch unermüdlich daran gearbeitet, das tagsüber so gemütliche Fest, in den Abendstunden als absurde Komposition aus 1. Mai Romantik, Goa-Party und Hamburger Wasserspiel enden zu lassen. Erst durch die intensiven Bemühungen der Polizei hat sich die Nacht nach dem Fest zu einer der bessseren Adressen für erlebnisorientierte Menschen aus dem gesamten norddeutschen Raum entwickelt. Beginn dieser Entwicklung war Ende der Neunziger Jahre ein winziges Lagerfeuer auf der Straße, welches einen massiven Polizeieinsätze zur Folge hatte. Unter Innensenator Schill wurden aus der ohnehin angespannten Situation dann wahrhafte Polizei- und Sicherheitsorgien. In diesem Verlauf nahm dann auch eine Dynamik der Gegenwehr zu und die Feuer wurden größer und massiver. Wie dieses Ereignis angesichts der vollmundigen Ankündigungen der Innenbehörde weitergeht, ist nicht schwer zu erraten. "Welcome Troublemakers of the World" ist ihre Botschaft der Stunde. Dem gibt es derzeit nicht so recht etwas hinzuzufügen. Zumindest ist keinesfalls damit zu rechnen, dass größere Polizeiaufgebote auf dem Fest dazu führen werden, das abendliche Pop-Gesten von Revolte und Feuer und Flamme ausbleiben.

RIP IT UP AND START AGAIN
Samstag 6.9.2008 Schanzenviertelfest
Schulterblatt, Susannenstraße, Bartelsstraße

Die Brise reicht nicht - Wir Brauchen einen Sturm!

Unter dem Motto "A cool breeze of resistance" findet in diesem Sommer vom 14. bis 25. August in Hamburg zusammen mit dem AntiRaCamp ein Klimacamp statt. Dieser Text will auf Debatten um das Camp eingehen, an verschieden Aspekten konstruktive Kritik üben und dabei erklären, warum uns die Brise nicht reicht. Wir wünschen uns den Prozess und das Camp als Orte, an denen darüber gestritten wird, wie sich eine linksradikale Bewegung zum Thema "Klimawandel" verhalten will. Als Beitrag zu diesem Streit und zu der Diskussion darüber, wo wir mit einem Klimacamp und darüber hinaus hin wollen, möchten wir diesen Text verstanden wissen.

Warum eigentlich vom Klima reden (oder besser nicht)?

Eine Bewegung, die sich, in Abgrenzung zu der verkürzten Debatte in der breiten Öffentlichkeit, mit dem Problem der nicht umkehrbaren Veränderung der bio-physischen Welt ernsthaft auseinandersetzen will, muss sich auch Gedanken über die Sprache machen, die sie nutzt.

Das unkritische Aufgreifen des Begriffes Klimawandel verschleiert dabei das eigentliche Problem, denn Wandel ist in Bedeutung des Begriffes erst einmal neutral. Der "Klimawandel" ist aber nur eines der vielfältigen Symptome einer gesellschaftlichen Warenproduktion, die dabei ist, die Lebensgrundlagen vieler Lebewesen zu zerstören. Weder die sozialen noch ökonomischen Konsequenzen sind dabei abzusehen oder einfach in Zahlen zu fassen. Es sollte jedoch darum gehen, die Probleme genau zu benennen und anzugreifen, und sich nicht, wie im Mainstream-Diskurs, auf die Bekämpfung einzelner Symptome einer zerstörerischen Wirtschaftsweise zu fokussieren. Die Auseinandersetzung mit diesen und das Finden von linksradikalen Perspektiven und Antworten darauf ist eine der Motivationen, dieses Jahr ein Klimacamp in Deutschland zu veranstalten. Die Popularität des Themas könnte dabei, mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten, einen Ansatzpunkt bilden in der radikalen linken verbreitete Berührungsängste gegenüber ökologischen Themen zu überwinden.

Ungünstig ist es in diesem Zusammenhang das Camp selber bloß Klimacamp zu nennen. Der Vorläufer des Ganzen, das "Camp for Climate Action" in Großbritannien bezog wenigstens die "Aktion" in seinen Titel mit ein. Eine Konzentration auf "Klima" führt aber trotzdem zwangsläufig dazu, dass die vielseitigen ökologischen Probleme weltweit auf dieses Thema verkürzt werden. Doch neben der Zerstörung der Atmosphäre durch Treibhausgase gibt es eine lange Liste anderer negativer Folgen der vom globalen Norden geprägten Industrieproduktion. Die Zerstörung der Biodiversität, die nicht abschätzbaren Gefahren der Anwendung von Gentechnik und die damit einhergehende Patentierung von Gemeingütern und Wissen sind neben den anderen Emissionen und Giften, die unserem Industriesystem produziert werden, nur einige der Probleme, die es klar zu benennen gilt.

Dass diese Themen keineswegs bloß eine ökologische, sondern auch eine starke soziale Dimension enthalten, hat sich gerade beispielhaft am Thema "Biosprit" in Bezug auf die Agro-Kraftstoffe gezeigt, welche im Konflikt zur Nahrungsmittelproduktion im Süden stehen. Auch die Arbeitsbedingungen, unter denen globalisierte Industriesysteme Rohstoffe im globalen Süden fördern lassen und die insgesamt sehr ungleiche Verteilung der schädlichen Folgen zwischen Arm und Reich zeigen, dass unter den Folgen einer lebensfeindlichen Wirtschaftsweise vor allem auch sonst sozial Benachteiligte leiden.

"Weiter so?" oder warum Reduktion Moppelkotze ist

Wenn mensch sich die öffentliche Diskussion um den "Klimawandel" anschaut, dann ist diese geprägt von einem Politikverständnis, das sowohl das Wissen, wie auch die Möglichkeiten an Veränderung mitzuwirken, fast ausschließlich Experte_innen zugesteht. Wissenschaftler_innen erklären uns vermeintliche Probleme, ein oben kritisierter "Klimawandel" und dementsprechende Lösungen werden präsentiert, die diesen "stoppen" sollen. Dabei wird viel mit Zahlen jongliert, welche die eigentlichen Probleme verschleiern. Es wird zum Beispiel oft von zwei Grad Temperaturveränderung geredet, unter denen es gilt, zu bleiben. Dass es an sich ein nicht hinnehmbarer Fakt ist, dass die Industrieregionen überhaupt in dieser Weise Treibhausgase emittieren, steht oft gar nicht zur Diskussion. Statt dessen gilt bei allen populäre Kampf dem CO2, dem Inbegriff des Bösen, mit dem sich dank Emissionsrechtehandel zufällig weitere Profite erzielen lassen. Einflussfaktoren und Folgen die nicht mit systemimmanenten technischen Lösungen bedienbar sind werden außen vor gelassen. Hier wird wieder ein Konflikt verkürzt und damit von den lokal oft viel dramatischeren Folgen der Zerstörung von Ökosystemen und des Zusammenlebens der Menschen in diesen abgelenkt.

Auch der Aufruf zum Klimacamp verliert sich an einigen Stellen sowohl in der Orientierung an Wissenschaft wie auch in der Fokussierung auf CO2. Wie so oft werden wissenschaftliche Analysen über die Erfahrungen und Bedürfnisse der Betroffenen gestellt. Dies steht einem partitzipatorischem Politikverständnis entgegen, welches versucht, alle Betroffenen in Meinungs- und Entscheidungsbildung angemessen einzubeziehen.

Die Veränderung der Rahmenbedingungen scheinen ausschließlich in den Händen von Politiker_innen und Wirtschaft zu liegen, das ist zumindest der Tenor von offizieller Seite. Zurecht muss dies auch von einer radikalen linken kritisiert werden, doch wie sieht eine linke Alternative aus, die eine Partizipation Vieler ermöglicht? Ein Klimacamp kann dafür nur ein Anfang sein, denn eine in Anlehnung an Heiligendamm symbolisch spektakuläre Politik, die sich an einem von Politik und Medien gesetzten Diskurs abarbeitet, läuft Gefahr, dort auch stehen zu bleiben. Hier wird es wichtig sein, das Camp als einen Ort der Diskussion darüber zu nutzen, wie wir uns die Welt, in der wir leben wollen, vorstellen und wie wir dort hinkommen.

Dass es dafür der Schaffung von Alternativen bedarf, sollte mensch trotz eines revolutionären Habitus nicht abtun. Für einen lebendigen Konflikt um dieses Thema sollte man sich über die Existenz des Öko-Anarchistischen Barrios, mit seinem Fokus auf gelebte Utopien auf dem Klimacamp freuen. Der Aufbau von Alternativen allein schafft das Problem aber nicht ab, und so sollte eine radikale Linke sich nicht scheuen, darüber zu reden, was eine konsequente Antwort auf zerstörerische Lebensweisen ist. Dass es eben auch darum geht, die schädliche Industrieproduktion selbst ernsthaft anzugreifen und dies zum Thema Atomkraft bereits teilweise linke Praxis war und ist, sollte in Erinnerung gerufen werden. Das "Klimacamp" könnte hierbei einen Meilenstein für den Anstoß einer Bewegung bilden, die in diese Richtung theoretisch und praktisch interveniert. Angefangen bei der Waffenindustrie

über die Förderung von Rohstoffen bis hin zu der industriellen Nutzung von (auch Erneuerbaren) Energien sollte sich eine emanzipatorische Linke wieder in eine konfrontativere Rolle gegenüber der Industrie begeben. Und das trotz, oder eben gerade in, einer immer mehr auf Konsum ausgerichteten Welt.

Was heißt hier "Alles für Alle"?

Und hier kommen wir an einen Punkt, wo es zu einem scheinbaren Widerspruch zu einer in den letzten Jahren üblichen linken Praxis kommt. Eine Abkehr vom "Alles für Alle" wollen wir nicht. Doch die Betonung muss auf das "für Alle" verlagert werden, und damit sind nicht die 75 Millionen weißen Deutschen gemeint. Die Befriedigung von, auch gesellschaftlich produzierten, Bedürfnissen kann nur in dem Maße emanzipatorisch sein, wie die Produktion "für Alle" nicht auf der totalen Übernutzung der Ressourcen dieses Planeten beruht..

Denn dass unsere für den Globalen Norden ausgerichtete Warenproduktion auf der global und sozial ungerechten Verteilung von Arbeit basiert beruht, ist dabei nur ein Aspekt. Ein anderer sind die sozialen und ökologischen Folgen dieser Produktion, die oft auch für die Zukunft im globalen Süden auf die sozial benachteiligten Schichten verteilt werden. Es sind hier beispielsweise die oft üblen Bedingungen, unter denen die Rohstoffe für unsere Industrien gewonnen werden, zu benennen, und auch der übliche Export von unserem Schrott in die entlegenen Regionen dieser Welt. Die Schadstoffbelastung auf der Erde ist entgegengesetzt zum Reichtum verteilt. Eine Linke, die diese Themen den Umweltverbände überlässt, schadet sich selbst.

Dabei ist es wichtig, sich von der Mainstream-Verzichtsdebatte abzugrenzen, die so gerne von den Umweltverbänden und seit kurzem auch von Politik und Medien als Lösungsansatz der Probleme präsentiert wird. Die damit einhergehende Individualisierung von Verantwortung auf den/die Einzelne_n geht am Problem vorbei und ignoriert die prekäre Situation vieler Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung an sich schon wenig Spielraum haben.

Dass der individuelle Konsumverzicht als bürgerliches Wohlfühlprogramm daherkommt, sollte jedoch nicht zu einer Abneigung gegenüber einer faireren und besseren ökologischen Produktion von allen Gütern führen. Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion zum Beispiel steht weltweit eine von Kleinbauern und -bäuerinnen geprägte, tragfähige und vielfältige Landwirtschaft einem durch Monokulturen und Massentierhaltung geprägten industriellen Landwirtschaftsmodell gegenüber. Gentechnik und global agierenden Saatgutkonzerne tun mit der Patentierung von Leben das Ihre zur Zerstörung dieser Existenzen hinzu. Der Kampf der Zapatistas in Chiapas ist nur ein bekanntes Beispiel dafür.

Einem "Alles für alle" wollen wir deshalb ein "und zwar Autonom" im Sinne von Autonomie anhängen. Es muss darum gehen, sich von einer ungerechten Ausnutzung der sozialen Schieflage im globalen Gefüge hin zu einer selbstbestimmten und unabhängigen Versorgung mit Allem zu bewegen. Den Rahmen des Möglichen "Alles" bildet dabei , was im gerechten Zusammenleben in und mit unserer Umwelt möglich ist. Es bedarf dafür sowohl der Schaffung von sofortigen Möglichkeiten der Nicht-Unterstützung ausbeutender Produktionsprozesse, als auch einem kontinuierlichen gemeinsamem Prozesses zur Findung von konkreten Inhalten einer ganz anderen Produktions- und Gesellschaftsgestaltung. Autonomiegewinn und Ernährungssouveränität sind dabei wichtige Stichpunkte, die für die deutsche Situation erstmal in weiter Ferne scheinen, aber um die viele Menschen des globalen Südens täglich kämpfen.

Hamburg nur, um mehr zu sein?

Dass die eben genannten Ungleichheiten eine starke Dimension des Rassismus enthalten, die sichtbar wird, wenn das Thema "Klimawandel aus der ökologischen Nische heraus in den Zusammenhang mit unserem Industriesystem gestellt wird, ist für uns der eigentliche Bezug zum AntiRa- Camp.

Denn die weitere Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen im globalen Süden durch Interessen des Nordens findet nicht nur indirekt über die Veränderung des Klimas statt. Die direkten Folgen der Förderung von Grundstoffen, z.B. die massive Verunreinigung von Trinkwasser bei der Förderung von Erzen, Bauxit u.a. sind meist viel dramatischer als der oft abstrakt wirkende "Klimawandel". Die Veränderung unserer Welt führt weltweit zu einer weiteren Verschärfung von Ungleichheiten.

Flüchtlingsströme als Folge des "Klimawandels" sind dabei nur eins der populären Themen, mit denen eine rassistische Politik der Angst und eine repressive Politik der Überwachung und Militarisierung vorangetrieben wird. Die Militarisierung der Außengrenzen Europas stellt dann auch den Bezug zum dritten Thema her, das leider nicht nach Hamburg kommt, dort aber angebracht wäre. Eine antimilitaristische Politik ist nämlich sowohl antirassistisch als auch "klimafreundlich". Die mit hohem Ressourcenverbrauch verbundene Produktion von Waffen und deren Nutzung sind wohl mit die größten Umweltfrevel weltweit und zählen mit ihrer gewollten Destabilisierung bestimmter Regionen zu den Hauptursachen von Flüchtlingsströmen.

Der Bezug der Themen aufeinander muss auf den Camps genauso wie darüber hinaus hergestellt werden, es kann nicht Zweck sein, sich in einem Gefühl des Post- Heiligendamm in einer großen Bewegung wohl zu fühlen. Wenn das Ziel ist, bloß viele zu sein und auf einem medialen Hype des letzten Jahres mitzuschwimmen, dann haben wir uns falsch verstanden. Denn es geht nicht darum, ein konsumierbares Event mit symbolischer Politik, die sich an die bundesdeutsche Politik richtet, zu schaffen. Uns geht es darum, Schritte in Richtung einer wirklichen Teilhabe an der Gestaltung unserer Welt zu organisieren und damit über das bestehende System hinaus zu weisen. Wichtig ist es, unser Handeln nicht an der Agenda der machtpolitischen Akteure auszurichten, sondern deren Legitimität mit der eigenen Politik grundsätzlich in Frage zu stellen.

In diese Richtung wollen wir diesen Sommer zusammen in Bewegung kommen!

Einige Klimastörer_innen

AntiraCamp

Fr. 15.08.
Aufbau des Camps
offizieller Beginn des Antiracamps am Samstag!
Sa. 16.08.
"Here we are": Begrüßungsaktion in der Hamburger Innenstadt (zusammen mit dem Klimacamp)
"A Wall is a Screen": antirassistisches Wandvideo im Campviertel
So. 17.08.
Besuch im Flüchtlingslager Horst und gemeinsame (Rück-)Fahrt zum Community-Festival/"Global Pass"-Fest & Antirassistisches Fußballturnier im Hamburger Stadtpark
Mo. 18.08.
Frühsport: die Schnitzeljagd zum Kennenlernen der Stadt
Tag gegen den rassistischen Normalzustand
Infoveranstaltung zu Frontex
Di. 19.08.
Demonstration gegen Frontex: Fahrt nach Lübeck und Aktion an der Bundespolizeiakademie, in der Frontex ausbildet
Mi. 20.08.
Aktion gegen den Bau des Ilisu-Staudamms in Hasankeyf/Türkei. Achtung: Brückenaktion für beide Camps!
Veranstaltung mit Victor Nzuzi (Kongo) zu Fluchtursachen
Do. 21.08.
Aktionen gegen Abschiebungen: An der Ausländerbehörde, bei einer Abschiebe-Airline, an der Lufthansa-Basis, bei der Anlaufstelle Sportallee und vor Davidswache (gegen Rassistische Polizei Kontrollen)
Fr. 22.08.
Fluten des Abschiebe-Flughafens: Ob adrett im Smoking, touristisch mit Rollköfferchen, laut durch Soundanlage, plakativ mit Transpis, wütend mit Sonnenbrille, bunt als Clowns...
Sa. 23.08.
Antira-Camps goes gegenstrom08
Party
So. 24.08.
Abbau des Camps

KlimaCamp

Fr. 15.08.
Aufbau des Camps: Zupackende Hände & Köpfe sehr erwünscht!
Abends: Eröffnungsplenum
Sa. 16.08.
"Here we are": Begrüßungsaktion in der Hamburger Innenstadt (zusammen mit dem Antiracamp) Abendveranstaltung: "Was heißt Klima und Klimawandel aus der Perspektive von Bewegung betrachtet?"
So. 17.08.
Abendveranstaltung: Globale Soziale Rechte - zu den sozialen Folgen des Klimawandels und den Auswirkungen u.a. auf Migrationsbewegungen. Brückenveranstaltung für beide Camps!
Mo. 18.08.
Kennenlernen der Stadt
Tag gegen den rassistischen Normalzustand
"Reclaim your Market!": Supermarkt-Aktion
Achtung: Brückenaktion für beide Camps!
Abendveranstaltung: Globale Landwirtschaft & Klimawandel
Di. 19.08.
Aktion(en) zu globaler Landwirtschaft & Klimawandel
Mi. 20.08.
Dezentraler Klimaaktionstag
"moin moin Moorburg" - Konzerte, Fest und große Infoveranstaltung zu gegenstrom08 im Stadtteil Wilhelmsburg
Do. 21.08.
Durchgehend Blockadetrainings für fluten 3.0. und gegenstrom08
Abendveranstaltung: Energie, Sicherheit, Transport, Ressourcenkriege
Fr. 22.08.
Klimacamp goes Fluten 3.0.
Blockadetrainings für gegenstrom08
Sa. 23.08.
gegenstrom08: Bauplatzbesetzung der Kohlekraftwerkbaustelle in Hamburg-Moorburg
Party: Ort noch unbekannt...
So. 24.08.
Fortsetzung gegenstrom08?
Abbau des Camps



Fuck the Bastards?

Nachdem sich nun endlich im Großen und Ganzen die Erkenntnis verbreitet hat, dass die Parole "fight the police" ganz eindeutig dem althergebrachten "fuck the police" vorzuziehen ist, verbreitet sich immer mehr der Ruf "Hass, Hass, Hass wie noch nie - all cops are bastards a.c.a.b". Insbesondere auf Berliner Antirepressionsdemos war die Parole in den letzten Wochen häufig zu hören. Und wo ist das Problem?

"Bastards bezieht sich auf die Abstammung der betreffenden Person. Das Schimpfwort wurde je nach Zeitalter und Region unterschiedlich benutzt. Der gemeinsame Nennner ist jedoch eine scheinbar ehrrührige Herkunft bzw. eine gesellschaftlich abgewertete Kombination von Vater und Muttter. Im europäischen Raum wurden zuerst Kinder von Adeligen mit Nichtadeligen als Bastarde bezeichnet. Später weitete sich der Sprachgebrauch auf jegliche durch "unmoralischen" Sex gezeugte Kinder aus, z.B. unehelich oder außerehelich. Im amerikanischen Raum wurde aus der allgemein unehrenhaften Zeugung vor allem die Bezeichnung für Kinder mit Eltern verschiedener "Rassen".

Personen oder Personengruppen als Bastarde zu bezeichnen bedeutet also die gesellschaftliche Entwertung zu übernehmen, die aufgrund von Moralvorstellungen oder Rassismus Kinder bestimmter Eltern als minderwertig betrachtet.

Das Problem gesellschaftlicher Wertungen bzw. Abwertungen, die Menschen mit einem emanzipatorischen Anliegen eigentlich ablehnen, zu reproduzieren kommt beim unreflektierten Sprachgebrauch und besonders bei Beschimpfungen immer wieder vor. Da Sprache ein bedeutsamer Faktor bei der Herstellung gesellschaftlicher Realität ist, sollte mensch sich über die Bedeutung der benutzten Wörter mehr Gedanken machen. Allerdings ist es bei Demoparolen, mit denen mensch ja explizit die eigenen Inhalten (wenn auch stark verkürzt) transportieren möchte besonders schaurig sich solchen Scheiß anhören zu müssen.

Also: Denkt euch coole neue Parolen aus! Überlegt häufiger mal was ihr das eigentlich ruft und ob ihr das inhaltlich wirklich aussagen wollt! Und weißt euren Nebendemonstrierenden, der_die von Nazihuren oder Bullenschlampen redet doch mal daraufhin, dass er_sie ziemlich wenig verstanden hat.

aus der interim

"Repressiv empfundenes Diskussionsklima"

Es ist nicht ganz ungewöhnlich, wenn wir mitbekommen, dass einige unserer Ausgaben abhanden kommen. Normalerweise sieht das dann so aus, dass ein Aufgebot der Bullen morgens vor diversen Projekten vorfährt, ein paar Türen aufbricht und mit ein paar Exemplaren unseres geschätzten Magazins im Gepäck wieder verschwindet. Aber mensch lernt eben nie aus: Ein Stapel Hefte der letzten Zeck wurden von einem entschlossenen Aktivisten aus dem Umfeld des Vergewaltigers von einer Verteilerstelle geklaut. Ziel war wohl die Ausgabe dort gänzlich verschwinden zu lassen, was letztlich nicht klappte, da er auf sein Handeln angesprochen wurde.

Wir haben ehrlich gesagt keine Ahnung, was das Umfeld von T. dazu bewegt, die Hefte der Zeck aus dem Verkehr zu ziehen. Bemerkenswert finden wir aber, dass auf der einen Seite ständig damit argumentiert wird, mensch müsste mal mehr drüber reden und sich lockermachen, während in Wirklichkeit jede Diskussion abgeblockt und verhindert wird. Das "aus dem Verkehr ziehen" von Zecks ist dahingehend jedenfalls eine deutliche Ansage.

Da die Zeck kostenlos ist und ausliegt, kann natürlich jede und jeder gerne ein Exemplar mitnehmen. Manche Leute packen auch ein paar mehr ein und verteilen sie weiter, was uns auch immer freut. Wenn aber beleidigte Leser_innen anfangen, diese Zeitung systematisch aus den Regalen zu räumen um unliebsame Artikel verschwinden zu lassen, dann hört für uns der Spaß auf. Letztlich klaut ihr die Ausgaben nicht uns als Redaktion, sondern allen, die in ihr schreiben, sie gerne lesen wollen oder sich als Teil der Idee von autonomen Medien begreifen. Wir fordern an dieser Stelle alle, die sich angesprochen fühlen, auf, solche Angriffe auf die Zeitung zu verhindern und ein Auge auf unsere heiligen Zeckstapel zu haben.

Von bestimmten Leuten aus dem Umfeld von T. würden wir uns aber wünschen, dass ihr mal ein paar Gänge runterschaltet und statt solchen Amokläufen endlich mal einen konstruktiven Umgang ansteuert. So etwas ist nämlich gar nicht so schwer, jedenfalls nicht so schwer, wie es den Eindruck macht, wenn mensch euch bei eurem Nicht-Umgang und Drehungen und Wendungen mitbekommt. Uns ist unklar, ob ihr es euch einfach nur so gemütlich eingerichtet habt in eurer Opfer Rolle vor der großen, gemeinen autonomen Szene oder ob ihr euch eher so aus Prinzip hinter solchen Aktionen verbarrikadiert. Eine Perspektive hat das jedenfalls nicht. Aber das wisst ihr ja vermutlich selbst am besten.

Zur Auseinandersetzung um die Vergewaltigung haben uns wieder einige Texte erreicht, die wir dieses mal mit ganz besonderer Demut und Begeisterung abdrucken.

Von ganzem Herzen
Eure Zeck

Chronologie einer Vergewaltigungs-Veröffentlichung

Dieser Text ist ursprünglich in der Zeck 144 erschienen. Da das Umfeld des Vergewaltigers versucht, diese Ausgabe der Zeck aus dem Umlauf zu ziehen und systematisch einzusammeln (z.B. am Freitag, den 23.05.08 im Schanzen Buchladen), veröffentlichen wir ihn hiermit als Flugblatt inklusive einiger notwendiger Aktualisierungen.

Seit der Veröffentlichung unseres Textes "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger" (Zeck 140) ist, wie auch diverse nachfolgende Zeck-Artikel verdeutlichen, einiges passiert. Was allerdings noch nicht passiert ist, ist ein ernsthafter Versuch von Seiten des Täters, die Situation zu deeskalieren oder zumindest zu verbessern. Ganz im Gegenteil. Daher haben wir uns entschieden, einen kurzen Abriss über einige Geschehnisse zu schreiben, der allerdings zeitlich vor diesem Text ansetzt. So soll die Grundlage dieser Veröffentlichung nachvollziehbar und einige Punkte klargestellt werden, die falsch oder entstellt im Umlauf sind.

Als vor 10 Jahren die Vergewaltigungen, die sich in einer Beziehung mit T. ereigneten, thematisiert wurden, geschah dies in einem bewusst kleingehaltenen Personenkreis. Zum einen sollte eine Stigmatisierung von T. verhindert werden und zum anderen sollte ihm so ermöglicht werden, sich aktiv (z.B. im Rahmen einer Therapie) mit dem Geschehenen und seinem Verhalten generell auseinanderzusetzen. Es zeigte sich jedoch schnell, dass T. den Vorwurf der Vergewaltigungen nicht akzeptierte, stattdesssen seine Version der Geschichte verbreitete und seinerseits die Situation immer mehr zum Eskalieren brachte.

Zum Schutz der Frau wurde es notwendig, dass er bestimmte Orte meidet. Dies schlug fehl, da er Absprachen permanent nicht eingehalten hat. Letztendlich verließ T. aufgrund des zunehmenden Drucks (auch aus seinem Freundeskreis) doch die Stadt. In der Folgezeit tauchte er ohne vorherige Rücksprache (trotz Vermittlungsversuchen von Seiten der Betroffenen und ihren Unterstützer_innen) mehrfach in Hamburg auf, wobei es immer wieder zu Konfrontationen kam.

2005 kehrte T. nach Hamburg zurück. Trotz der Zusage eines Freundes von T., die Räume der betroffenen Frau zu respektieren und die Situation nicht eskalieren zu wollen, kam es schon kurze Zeit später durch T. und seine Freunde zu Beleidigungen und offenen Bedrohungen gegenüber dem Freundeskreis der Frau. Dies ging soweit, dass T. auf der Ungdomshuset-Demo in Hamburg versuchte, eine Schlägerei anzuzetteln (während der oben genannte Freund tatenlos zusah).

Neben solchen Bedrohungen und physischen Übergriffen ist nach wie vor besonders die Verbreitung von Gerüchten und Falschinformationen eine Form der Gewalt, die der Betroffenen ihre Räume nehmen und ihre Positionen zu schwächen versucht.

Da T. die zuvor gemachten Zusagen nicht einhält, sondern vielmehr die Situation offensichtlich zum Eskalieren bringen will, entschließt sich die Frau Anfang 2007, innerhalb der Szene Unterstützung zu suchen um die Vergewaltigungen und T.s Um-



gang damit im Speziellen öffentlich zu machen.
Darauf solidarisieren sich mehrere politische Gruppen mit der Frau und fordern T. und sein Umfeld in einem Flugblatt auf, alle Bedrohungen und Übergriffe sofort einzustellen. Das Flugblatt wurde von mehreren Delegierten im April 07 dem Onkel-Otto-Kollektiv und dem Fischkopp-Plattenladen (zwei Bezugspunkten von T.) übergeben.
Im Juli 2007 wurde von den unterstützenden Gruppen und Zusammenhängen der Text "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger. Sexualisierte Gewalt in linken und subkulturellen Zusammenhängen" veröffentlicht (Zeck 140), der neben dem konkreten Fall auch grundlegende feministische und anti-sexistische Positionen wie Definitionsmacht und Parteilichkeit thematisiert.
Weiterhin kam es zu Bedrohungen, Beleidigungen und Einschüchterungsversuchen gegen die Betroffene und ihr Unterstützer_innen-Umfeld, die hier jedoch (u.a. aus Repressions-Gründen sowie zum Schutz der Betroffenen) nicht weiter erläutert werden.
Es sei lediglich erwähnt, dass hierbei auch der Täter selbst zusammen mit zwei anderen Personen vor der Haustür (und den Augen) der Betroffenen einen Freund von ihr körperlich angegriffen hat. Es lässt sich auch nicht behaupten in dieser Gegend rein zufällig unterwegs gewesen zu sein. Dies zeigt mehr als deutlich, wie untragbar die Situation hier in Hamburg durch T.s Anwesenheit geworden ist.

Aus dem Täter-Umfeld gibt es seit Mai 2007 zwei Texte, die sich ausdrücklich hinter den Täter stellen, die Vorfälle bagatellisieren und die Täter-Version der Geschichte zum Maßstab nehmen. (Eine ausführlichere kritische Einschätzung dieser Texte ist in der Zeck 141 erschienen) Hier sei kurz darauf hingewiesen, dass diese beiden Texte sich auf so genannte "Zeitzeugen" aus dem Täter-Umfeld berufen, die für sich in Anspruch nehmen, besser als die Betroffene zu wissen, was genau damals geschehen sei.
Diese Texte, die versuchen, die Täterversion zur allgemeinen Diskussionsgrundlage zu machen, wurden innerhalb linker und subkultureller Zusammenhänge verbreitet. U.a. hat eine Person aus der TAN beide Texte im Schwarzmarkt hinter den Text des Unterstützer_innenkreises der Betroffenen geheftet. Die TAN wurde hieraufhin vom Schwarzmarkt zunächst im September angeschrieben und schließlich im Dezember direkt angesprochen und aufgefordert, schriftlich Stellung hierzu zu beziehen. Die TAN hat mittlerweile aufgehört, den Schwarzmarkt als Treffpunkt zu nutzen.
Ergänzung Mai 2008: am 25.04.2008 hat die TAN einen Brief an den Schwarzmarkt geschrieben, der dort eingesehen werden kann. Eine Distanzierung von den beschriebenen Vorfällen erfolgte nicht.

Am 17.11.2007 kam es in der Roten Flora im Rahmen einer Tierrechts-Soli-Veranstaltung dazu, dass eine Person einen Redebeitrag gehalten hat, in dem die Definitionsmacht generell in Frage gestellt und T. zum Opfer stilisiert wurde. Offensichtlich war dies auch nicht eine spontane Einzelentscheidung des Sprechenden. Bereits vor Beginn des Konzerts war Leuten aus der Flora dieses Vorhaben bekannt geworden, woraufhin sowohl die Veranstalter_innen als auch der Redner darum gebeten wurden, darauf zu verzichten. Stattdessen wurde der Beitrag mit massivem körperlichem und verbalem Schutz der Bühne, u.a. durch Mitglieder der TAN und einem Veranstalter, gehalten. Dies stellt sowohl einen Angriff auf die Flora als politischen Raum, aber auch konkret gegen die Betroffene und ihr Umfeld dar. Es reiht sich ein als gezielter Versuch, ihr die Räume zu nehmen. Zudem schafft es eine Stimmung, in der Übergriffe indirekt gefördert werden sowie das Veröffentlichen selbiger durch Infragestellung der Definitionsmacht erschwert wird.
Im Dezember 07 erschien ein vermeintlich neutraler Text ("Jetzt gilt's!", Zeck 142), der klar anti-feministische Position bezieht, generell Definitionsmacht ablehnt und letztlich Täterposition bezieht. Auch dieser wurde/wird dazu genutzt, der betroffenen Frau Räume zu verunmöglichen, was sich u.a. auch an der offensiven Art des Verteilens des Textes bei Veranstaltungen zeigt.

Als positive Folgen der Veröffentlichung kam es zu Solidarisierungen mehrerer Gruppen und Zusammenhänge auch über Hamburg hinaus, Diskussionen über Sexismus werden auf vielen Ebenen geführt. Weiterhin hat der Täter mittlerweile Hausverbot im Störtebeker, in der Roten Flora, in Kneipen im KSK, im Infoladen Schwarzmarkt, in der Schwarzen Katze, im Café Knallhart sowie im LIZ erhalten, um so Schutzräume für die Betroffene und ihr Umfeld zu ermöglichen.
Teile der Szene versuchen nach wie vor, sich einer Auseinandersetzung mit Sexismus und Gewalt zu entziehen, wodurch sie die Strukturen der Gewalt aktiv tragen und ermöglichen. Die in der Veröffentlichung beschriebene Gewalt gegen die Betroffene, die in den letzten Jahren eher verdeckt ablief, ist mittlerweile offen sichtbar und richtet sich nun auch gegen Personen, die die Definitionsmacht vertreten.

Seit September 07 besteht ein Gesprächsversuch mit T. von Seiten des politischen Unterstützer_innen-Kreises der Betroffenen. Es wurde sowohl auf schriftlicher als auch persönlicher Ebene mehrfach versucht, ein Gespräch zu initiieren. Dies blieb jedoch erfolglos, da T. bisher zu keinem Gespräch bereit war, u.a. gibt er vor, den Grund für ein solches Gespräch nicht zu kennen…
Ergänzung Mai 2008: Mittlerweile hat T. die Gesprächsangebote endgültig abgelehnt, woraufhin ihm (schriftlich und persönlich) einige Forderungen übermittelt wurden, nach denen er Provokationen im Allgemeinen und Konfrontationen mit der Betroffenen unterlassen bzw. unterbinden soll. Am gleichen Abend haben T. und mehrere Freunde von ihm zwei "NEIN HEISST NEIN"-Plakatierer_innen im Karo-Viertel belästigt, wobei einer von T.s Freunden provokativ "NEIN HEISST NEIN"-Plakate abgerissen hat.
Wenige Tage später hat T. einen Brief an den Mitbewohner der Betroffenen geschrieben, in dem er den Vorwurf der Vergewaltigungen lapidar als "Rufmordkampagne" abtut. Die zuvor an T. gestellten Forderungen, die ursprünglich zur Deeskalation der Situation beitragen sollten, verdreht er und wendet sie als Bedrohung gegen die Betroffene und ihr Umfeld. Dieser Drohbrief verdeutlicht eindrücklich, dass T. an einer Lösung des Konfliktes keinerlei Interesse hat und auch nicht gewillt ist, sich an Abmachungen zu halten. Der Brief ist nicht nur eine Täter-Opfer-Verdrehung und Verhöhnung der Betroffenen, sondern eine eindeutige Kampfansage gegen die Betroffene und ihre Freunde sowie darüber hinaus gegen ihr politisches Unterstützungsumfeld.

Im Januar 08 hat die Gruppe commode einen offenen Brief an diverse von T. genutzte Szene-nahe Veranstaltungsorte geschrieben (Zeck 142), in dem selbige aufgefordert werden, öffentlich Stellung zu beziehen.
Ergänzung Mai 2008: mittlerweile hat commode die (Nicht)-Reaktionen ausgewertet (Zeck 144), wonach sich keiner der Adressaten Onkel Otto, Hafenklang-Exil und Fischkopp-Plattenladen von dem Täter in irgendeiner Weise distanziert haben.

Hamburg, 12.März 2008
(mit Ergänzungen Mai 2008)
agunterstuetzung@gmx.net

Vorläufiges Ergebnis einer nicht stattgefundenen Auseinandersetzung Die Zeit der gutgemeinten Worte ist vorbei - aber die Hoffnung stirbt bekanntermaßen zuletzt

Wir haben uns vor einiger Zeit als Kreis von Gruppen und Einzelpersonen zusammmengefunden, um neben der politischen und praktischen Arbeit der bestehenden Unterstützungsstrukturen einen konkreten Versuch zu unternehmen, die Situation der Betroffenen, die sich nach dem Öffentlichmachen der Vergewaltigungen durch T. vor gut einem Jahr weiter verschärft hat, zu verbessern.

Unser Ziel war es, in einem Gespräch mit T. die Lage zu deeskalieren und klare Absprachen zu treffen, wie der für die Betroffene unzumutbare Zustand positiv verändert werden kann. Wir hofften, uns so weit wie möglich gemeinsam mit T. über einen Umgang verständigen zu können.

Wir haben im September letzten Jahres T. persönlich aufgesucht und ihm einige Terminvorschläge übergeben und kurz den Grund für unsere Gesprächsabsicht genannt. Nachdem sich T. nicht gemeldet hatte, haben wir ihm geschrieben. Daraus entwickelte sich ein Briefwechsel mit T., um einen gemeinsamen Gesprächstermin zu finden. Nach einer monatelangen Phase des Ausweichens und Hinhaltens durch ihn und nach mehreren Versuchen von Menschen aus seinem näheren Umfeld, ihn zu einem Gespräch mit uns zu bewegen, wurde deutlich, dass es nicht zustande kommen wird. T. will nicht mit uns reden und er hat offensichtlich kein Interesse daran, konstruktiv mit der Situation umzugehen. Wir müssen unseren Versuch für gescheitert erklären.

Aufgrund dieses Prozesses sahen wir keinen anderen praktikablen Weg, als T. konkrete Ansagen dazu zu machen, welches Verhalten wir von ihm erwarten, um die Situation zu entschärfen. Diese wurden ihm am 5. Mai persönlich überbracht und erläutert. Inhaltlich orientieren sich diese Ansagen an dem, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die Betroffene nicht mit ihm konfrontiert wird, weder direkt, noch - etwa durch Provokationen Dritter - indirekt.

Ob er bereit ist, sich an diese Ansagen zu halten und auf diesem Wege doch noch einen eigenen Beitrag zur Deeskalation und Verbesserung der Situation zu leisten, ist uns nicht bekannt. Wir würden es uns auf jeden Fall wünschen.

Leider deuten die Zeichen bisher nicht in diese Richtung:
Noch am Abend, nachdem er die Ansagen übermittelt bekommen hatte, riss ein Kumpel T.s in seinem Beisein provokativ "No means No"-Plakate ab, die gerade im Karoviertel verklebt wurden. Ein klares Statement.
Kurze Zeit später bekam der Mitbewohner der betroffenen Frau ein Schreiben zugesandt, in dem fast wortgleich der Text der Ansagen an T. wiederholt wurde - mit dem Unterschied, dass dort, wo von der Betroffenen die Rede war, jetzt "das Opfer eurer Rufmordkampagne" stand. Wir wissen nicht, ob diese offensive Form der Täter-Opfer-Umkehrung von T. selbst oder aus seinem Umfeld stammt.
Vor kurzem tauchte außerdem im Buchladen im Schulterblatt ein Mensch auf, der die ausliegenden Exemplare der aktuellen Ausgabe der Zeck aus dem Laden tragen wolllte. Darauf angesprochen erklärte er dem Vernehmen nach sinngemäß: dass ja gerade eine Vergewaltigungsdebatte liefe und er zum Umfeld des Beschuldigten gehöre und die Zeck wegen der Artikel zum Thema aus dem Verkehr ziehen wolle.

Wir haben uns entschlossen, den aktuellen Stand unseres gescheiterten Versuchs und den Text der Ansagen an T. zu veröffentlichen, um allen Nichtbeteiligten transparent und diskutierbar zu machen, was jenseits der bisher veröffentlichten Fakten, Diskussionen und Ereignisse passiert ist. Deshalb geben wir im Folgenden auch die Ansagen an T. im Wortlaut wieder. Uns ist bewusst, dass unser Vorgehen nicht nur auf Zustimmung stoßen wird. Einigen mag die Form der Ansage als autoritär oder anmaßend erscheinen. Auch deshalb haben wir uns zu dieser Veröffentlichung entschieden - mögliche Kritiker_innen mögen bitte vor dem Hintergrund unseres Ansatzes und unserer Erfahrungen konkrete Vorschläge machen, wie eine Situation hergestellt werden kann, in der die Betroffene und ihr engeres Umfeld ihre Bewegungsfreiheit in dieser Stadt zurückerlangen und in der sie auf ein solidarisches Klima statt auf Konfrontation, Anfeindung und offene sowie latente Bedrohung stößt.

Mai 2008
Einige Unterstützer_innen

An T.

Die allgemeine Situation ist unverändert beschissen.
Du hast die verschiedenen Gesprächsangebote, die dir gemacht wurden, ausgeschlagen. Das trägt nicht zur Deeskalation bei. Du hast dich bisher an keine Absprachen gehalten, keine Zugeständnisse oder eigene Vorschläge zur Verbesserung der Situation gemacht. Deswegen sehen wir als einzige Möglichkeit, die Situation zu entschärfen, dir folgende Ansagen zu vermitteln:

Du sorgst dafür, dass sich die Betroffene und ihre UnterstützerInnen wieder uneingeschränkt in Hamburg bewegen können. Uneingeschränkt bedeutet: ohne Anfeindungen, Bedrohungen oder sonstige Konfrontationen durch dich oder dein Umfeld. Das bedeutet, dass du die Orte, an denen die Betroffene oder ihre UnterstützerInnen sich aufhalten oder auftauchen, umgehend verlässt und gegebenenfalls auch dein Umfeld darauf hinweist, dass es angesagt ist, kommentarlos zu gehen. Du sorgst auch dafür, dass zukünftig weitere Anfeindungen durch dein Umfeld gegen die Betroffene und ihre UnterstützerInnen unterbleiben.

Wenn es zu weiteren Provokationen, Beleidigungen, Drohungen oder körperlichen Angriffen gegen die Betroffene oder ihre UnterstützerInnen kommen sollte, werden wir uns ab jetzt notfalls auch direkt an dich wenden. Wir empfehlen dir daher, deine Ansagen zur Entschärfung der Situation deinem Umfeld zu vermitteln.

Wenn du doch irgendwann Interesse hast, durch ein Gespräch zu einer Lösung zu kommen, steht dir dieser Weg natürlich weiter offen.

Erklärung des Flora-Plenums zum Verhalten von G.

Das Flora-Plenum hat sich entschieden, gegenüber G. ein Nutzungsverbot für die Strukturen der Roten Flora sowie ein Auftrittsverbot auszusprechen. Nachdem diese Entscheidungsfindung mehrere Monate in Anspruch genommen hat, möchten wir im Folgenden eine Erklärung dazu abgeben.
G. hat nach seinem Auftritt bei einem Konzert am 17.11.2007 im Rahmen einer Soliveranstaltung von Tierrechtsorganisationen von der Bühne der Flora ein grundsätzliches Statement zum Umgang mit der Definitionsmacht im Zusammenhang mit Vergewaltigungen abgegeben. Danach hat er sich konkret auf die aktuelle Auseinandersetzung um die Vergewaltigungen durch T. bezogen (vgl. Zeck Nr. 140 September/Oktober 2007). Am 12.12.2007 erschien G. auf Einladung auf dem Flora-Plenum, um sich zu dem Vorfall zu verhalten. Unstrittig ist nach G.s eigenen Angaben, dass an dem Abend von ihm Folgendes gesagt worden ist: Nach einem allgemeinen Teil über ein von ihm als repressiv empfundenes Diskussionsklima in der Szene, speziell in der Auseinandersetzung um den Umgang mit T., sprach er von der Unterstellung, T. sei ein Vergewaltiger, und dass es in dieser Auseinandersetzung mehr Täter und Opfer gäbe als anerkannt. Die Rote Flora hatte sich zuvor bereits öffentlich solidarisch gegenüber der betroffenen Frau erklärt. Mit seinen Äußerungen hat G. eindeutig die von uns als zentral anerkannte Definitionsmacht der betroffenen Frau in Frage gestellt. Wer in diesem Fall dann von einer "Unterstellung" spricht, bestreitet die Vergewaltigung. Wer in diesem Zusammenhang von mehr "Tätern und Opfern" spricht, relativiert hierbei die Rolle des Täters und stilisiert außerdem diesen zum eigentlichen Opfer. Diese Strategie entspricht dem nach wie vor häufigen Umgang mit Vergewaltigungs- bzw. Missbrauchsvorwürfen. G. hat sich damit bewusst in Widerspruch zu einem Grundkonsens der Roten Flora gestellt.

G. ist seit längerem Mitglied einer Gruppe, die Räume der Flora nutzt. Hätte er eine Auseinandersetzung gewollt, wäre es der richtige Weg gewesen, das Plenum aufzusuchen und die Position der Flora zu problematisieren. Diesen Weg hat er jedoch nicht eingeschlagen. Stattdessen hat er die öffentliche Bühne bei einem Konzert als Forum gewählt. Diese Form der Auseinandersetzung akzeptieren wir nicht. Für uns ist sein Vorgehen eine bloße Provokation und nicht eine ernst gemeinte Auseinandersetzung.

Grundsätzlich wollen wir hier noch einmal erklären, dass wer die Flora nutzt, sich auch als Teil dieses Projektes begreifen muss. Das heißt eben auch, die selbst gewählten Strukturen der Flora anzuerkennen. Kritik und Diskussionsbedarf gehören daher auf das regelmäßige wöchentliche Nutzer_innenplenum oder auf die Vollversammlungen.

Die Nutzung der Strukturen der Flora ist freiwillig - wer sie nutzt, kann sie nicht nur einfach konsumieren, sondern ist damit Teil des organisatorischen und politischen Selbstverständnisses. G. hat sich auf zwei Ebenen gegen diesen Grundsatz gestellt: Er hat die Organisationsstruktur der Flora bewusst übergangen und sich außerdem über einen wesentlichen Grundkonsens hinweggesetzt - der Anerkennung der Definitionsmacht bei Vergewaltigungen.

Die Flora hat sich entschieden, für die betroffene Frau ein Schutzraum zu sein, in dem sie sich jederzeit aufhalten kann. G. hat dies mit seinem Verhalten missachtet. Er hat sein Vorgehen auf dem Plenum am 12. Dezember verteidigt und stellt es auch im Nachhinein nicht in Frage. Nach eigenen Worten wird er sich auch weiterhin in der Flora so positionieren, wie er es getan hat. Damit nimmt er im speziellen Fall den Schutzraum der betroffenen Frau und gefährdet ihn auch gleichzeitig für andere. Dass dies im Übrigen nicht nur eine abstrakte Unterstellung ist, wurde bereits an dem besagten Abend deutlich, als eine Besucherin die Flora verließ, weil sie sich von G.s Äußerungen angegriffen fühlte.
Als Konsequenz haben wir G. ein Nutzungs- und Auftrittsverbot für die Flora erteilt, weil es aus unserer Sicht keine gemeinsame Grundlage für ein politisches Miteinander in dem Projekt gibt. Nutzungsverbot heißt hierbei, dass G. nicht weiter Teil der Struktur der Flora sein kann; das heißt auch, nicht als Teil einer Gruppe die Räume der Flora zu nutzen. Um zukünftige Vorfälle wie den Beschriebenen zu vermeiden, haben wir ihm außerdem ein Auftrittsverbot ausgesprochen. Die Entscheidung folgte aus sehr unterschiedlichen Positionen innerhalb des Plenums, für ein von Teilen gefordertes Hausverbot konnte kein Konsens hergestellt werden.



Dieser Beschluss wurde G. und seiner Gruppe im Januar mitgeteilt. Die Gruppe hat daraufhin als Teil der Flora-Struktur von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht, um den Vorfall und die Entscheidung seitens des Plenums intern besprechen zu können. Das Plenum hat ihr im Folgenden einige Zeit dafür eingeräumt. Zwischenzeitlich hat G. uns schriftlich, unter Verweis auf einen gänzlich anderen Vorfall, mitgeteilt, dass die Diskussion für ihn beendet sei und Beschlüsse des Plenums für ihn nicht gelten würden. Dieses zeigte uns erneut, dass G. keinerlei Interesse an einer Diskussion - weder mit Plenum noch der Gruppe - hat. Nichtsdestotrotz haben wir ein weiteres Mal Gesprächsbereitschaft gezeigt und ein seither unbeantwortetes Schreiben verfasst. Im April beschloss die Gruppe von ihrem Veto zurückzutreten, womit der Beschluss des Struktur- und Auftrittsverbots für G. jetzt gilt.

Plenum der Roten Flora, Mai 2008

::: Kiel: 750 Cops, 200 Antifas, 20 ANs +7 NPDler :::

Am Donnerstag, 12. Juni fand die konstituierende Ratssitzung im Kieler Rathaus statt, in das nach der Kommunalwahl am 24. Mai erstmals auch die NPD in Person ihres Spitzenkandidaten Herrmann Gutsche eingezogen war. Dies nahm die NPD zum Anlass eine Kundgebung auf dem Rathausplatz anzumelden, die entsprechende antifaschistische Gegenmobilisierungen hervorrief.

Schon ab mittags wurde rund ums Rathaus sichtbar, dass die Polizei ihre Ankündigung eines Großeinsatzes mehr als wahr machen sollte: Der Rathausplatz war mit Einsatzfahrzeugen zugeparkt und ringsherum mit Hamburger Gittern abgesperrt, die nur nach Gesinnungskontrolle durch PolizistInnen passiert werden durften und allerorts waren in der Innenstadt Polizeiheere in Kampfmontur unterwegs.
Ab 13 Uhr sammelten sich AntifaschistInnen, die den Aufrufen des Runden Tischs gegen Rassismus und Faschismus und der Autonomen Antifa-Koordination gefolgt waren, auf dem Asmus-Bremer-Platz oder streunten durch die Gegend rund ums Rathaus. Als gegen 13.30 Uhr die Kundgebung des Runden Tischs begann, dürften hier etwa 150 AntifaschistInnen anwesend gewesen sein. Da die Nazikundgebung ab 14 Uhr angemeldet war, entfernte sich ein Großteil der TeilnehmerInnen bald darauf und sammelte sich im Hiroschimapark. Kurz nach 14 Uhr erschien ein Häuflein von maximal 7 Nazis samt einer Fahne, eines Pappschildes und eines Transparentes auf dem Rathauspatz Ecke Deutsche Bank, woraufhin sich etwa 80 AntifaschistInnen aus dem Park in Bewegung setzen, jedoch wie zu Erwarten, auf halber Strecke von mehreren Ketten Polizei und nach kurzen Rangeleien mit BFE-Einheiten gestoppt wurden. Da von der anderen Seite aus Richtung Holstenbrücke ein näheres Rankommen an die Nazikundgebung möglich war, sammelten sich vor allem hier im Folgenden konstant etwa 100 GegendemonstrantInnen, die leider nur zeitweise lautstark die Naziredner störten. Die Beteiligung an der NPD-Miniaturkundgebung blieb zu Höchstzeiten bei lächerlichen 7 Nazis, darunter Jens Lüdtke und vor Beginn der Ratssitzung Herrmann Gutsche von der NPD Kiel/Plön und der extra angereiste Nazikader Thomas Wulff. Dafür, dass hinter den weiträumigen Polizeiabsperrungen niemand die Nazireden gehört geschweige denn verstanden haben dürfte (dies war schon vom nächstmöglichen Standpunkt auf Antifa-Seite äußerst schwierig), hielten diese immerhin 1 ½ Stunden damit durch, ihr Gelaber im Wind verpuffen zu lassen.

Neben der durchgehend fortgesetzten Kundgebung des Runden Tisch bewegten sich parallel verschiedene Gruppen von AntifaschistInnen rund ums Rathaus. Hierbei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den mittlerweile auch in Kiel angekommenen selbsternannten "autonomen" Nazis: Etwa 15-20 ANs, unter ihnen natürlich die beiden gaardenflüchtigen Nazis Peter Borchert und Thomas Krüger, griffen gegen 14.30 Uhr in der Waisenhofstraße hinter dem Rathaus eine kleinere Gruppe Antifas an, wobei ein Antifa so verletzt wurde, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Immerhin soll ein Teil der Nazis bei ihrem Fluchtversuch dank eines antifaschistischen Gegenangriffs einige Meter weiter auch nicht gänzlich unbescholten davon gekommen sein. Die in Sichtweite anwesende Polizei schien damit überfordert, AntifaschistInnen und Nazis auseinander zuhalten und reagierte dementsprechend konzeptlos. Erst nach einiger Zeit gelang es ihr neben zwei am Boden liegenden Antifaschisten, insgesamt 11 Nazis festzusetzen und sie war sich nicht zu schade, wiederum 20 Minuten dafür zu brauchen, einen Krankenwagen für den Verletzten zu rufen (der währenddessen mit dem Gesicht zum Boden liegen musste). Nachdem nach einer halben Stunde die festgenommenen Nazis abtransportiert waren, begann die Polizei nahezu alle AntifaschistInnen (gut zwei Dutzend), die sich mittlerweile aus Solidarität mit dem verletzten Genossen eingefunden hatten, einzukesseln und etwas später nach und nach in Gewahrsam zu nehmen. Immerhin war die Stimmung im Kessel (besser als draußen) und deren Versorgung mit Getränken und Essen durch die mehr und mehr von der mittlerweile beendeten Kundgebung eintrudelnden AntifaschistInnen recht gut. Die Polizei hatte bei der Überbeschäftigung an diesem Tag wohl unerträgliche Langeweile und zettelte immer mal wieder Ärger an oder baute schwachsinnige Korridore zwischen Kessel, Straße und den Solidarischen außerhalb des Kessels.
Die Gefangenen wurden in Transportern weggefahren und größtenteils in den Polizeikomplex in der Blumenstraße gebracht. Einige andere wurden bereits eine Straßenecke weiter wieder ausgesetzt.
Auch in der Blume setzte sich die scheinbare Verwirrtheit der Bullen fort: So wurde mehrfach versucht, AntifaschistInnen mit in die Zellen der Nazis zu setzen, was in einem Fall auch gelang.
Während 10-15 solidarische AntifaschistInnen vor der Wache auf ihre GenossInnen warten, sollten nun auch die 11 festgenommenen Nazis entlassen werden, was sich jedoch als schwieriges Unterfangen entpuppte: Eine Nazifrau wählte beim Anblick der Antifas den Rückwärtsgang in den Bau und musste auch am anderen Ausgang feststellen, dass alles unter antifaschistischer Beobachtung war. Zusammen mit weiteren, mittlerweile auch entlassenen KameradInnen rief sie sich nun ein Taxi, welches allerdings lieber eine Leerfahrt einlegte, nachdem sein Fahrer darüber aufgeklärt wurde, dass er Nazis befördern sollte. Nachdem ein zweiter Taxifahrer offensichtlich weniger Probleme damit hatte und die erste Naziladung wegfuhr, wiederholte sich das Spiel mit den leeren Taxis noch ein paar mal bis die Bullen sich erbarmten, die übrigen Nazis mit ihren Wannen in sicherere Gefilde zu bringen. Kurze Zeit später wurden dann auch endlich kleckerweise alle noch eingeknasteten Antifas entlassen.

Zu den leider wenigen erfreulichen Momenten des Tages gehörte neben den solidarischen wie antifaschistischen Aktionen am Knast sicherlich die mit etwa 200 AktivistInnen für einen Donnerstagnachmittag und einer Woche Mobilisierungszeit befriedigend hohe TeilnehmerInnenzahl an den Antifa-Aktivitäten ums Rathaus.
Zu kritisieren ist dagegen die leider sehr unmotivierte und leise Stimmung am Rande der Nazikundgebung. Auch beim Kessel hätte eine kämpferische Atmosphäre die Bullen sicher etwas mehr unter Druck gesetzt und hätte ein angebrachtes solidarisches Zeichen für die Insassen sein können.
Neben den Ingewahrsamnahmen war das unangenehmste Ereignis des Tages unbestritten die Verletzung des Antifas (Gute Besserung!) durch die ANs. Dieser Angriff stellte wieder einmal ein neues Level des Aktionismus der noch frischen Borchert-Truppe dar. Damit dieser genauso schnell wieder abflaut, wie er in den vergangenen Monaten angewachsen ist und solche Angriffe wie gestern wieder der Unmöglichkeit angehören, bedarf es für die Zukunft einen überlegten Umgang und angepasste antifaschistische Strategien auf die neue Herausforderung.
Ein Rätsel hat uns erneut die Kieler Polizei aufgegeben: Ist sie wirklich so überfordert

und fern jeglicher Realitäten, dass sie an einem Nachmittag mitten in der Woche ein Bedrohungsszenario herbeihalluziniert, dass sie für eine Naziminikundgebung einen Teil der Kieler Innenstadt komplett lahm legt und mit einem Aufgebot auffährt, das vor einigen Jahren noch für ein Nazigroßaufmarsch hätte ausreichen müssen, und trotzdem keinen Überblick hat? Oder sind die zahlreichen polizeilichen Fehleinschätzungen und -Tritte der letzten Wochen Teil eines geschickten Verwirrspiels, das ganz andere Dinge vorbereiten soll? Die vielen Ingewahrsamnahmen sprechen für die erste Variante. So scheint die Kieler Polizei offensichtlich erstmal wieder ganz klein anfangen zu müssen und zumindest irgendwelche Namen antifaschistischer AktivistInnen zu sammeln, um überhaupt irgendwas und irgendwen einschätzen zu können.

In der Ratsversammlung selbst, die für BesucherInnen nur mit Eintrittskarte und unter scharfen Kontrollen zugänglich war, soll übrigens so gut wie nichts passiert sein: Herrmann Gutsche war isoliert, die Grünen haben ´ne Imageaktion bei der Verpflichtung des NPDlers hingelegt und vereinzelte Pfiffe soll's auch gegeben haben. Ansonsten gibt der Naziratsherr sich als Rebell und hat alles Abzustimmende abgelehnt, überflüssiger Beisitzer im Finanzausschuss ist er auf eigenen Antrag auch geworden. Wir dürfen uns in den nächsten Jahren seiner Amtszeit wohl auf zahlreiche rührende Geschichten über verschwendete Steuergelder freuen, wenn er denn durchhhält...

de.indymedia.org/2008/06/219853.shtml
13.06.2008

Eine Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V.

Mit Bestürzung verfolgt die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme die Entwicklung des Verhältnisses von Bundeswehr und KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den letzten Jahren...

Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass es sich bei der Bundeswehr vor allem um ein Instrument der Regierung handelt, mit dem Interessen- und Machtpolitik auch mit kriegerischen Mitteln umgesetzt wurden und zukünftig verstärkt umgesetzt werden.

Angehörige der Bundeswehr erklären sich mit ihrem Eintritt in dieselbe genau damit einverstanden. Diese Tatsache ist unserer Ansicht nach mit den Zielsetzungen der Gedenkstättenarbeit nicht in Übereinstimmung zu bringen, denn eine Gedenkstätte sollte mithilfe der Vermittlung historischen Wissens Menschen behilflich sein, ein Bewusstsein für Respekt und Menschenwürde zu entwickeln und sie dazu ermutigen, kritisch und selbstständig Fragen zu Systemen staatlicher Unterdrückung und Diskriminierung zu stellen und sich mit der Geschichte und auch der unsäglichen Nachgeschichte von Neuengamme zu beschäftigen.

Aktueller Anlass dieser Erklärung ist die Einstellung eines Bundeswehrsoldaten als freier museumspädagogischer Mitarbeiter in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Im Rahmen dieser Arbeit wird er als Repräsentant der Gedenkstätte auftreten und die Geschichte des Konzentrationslagers und der Häftlinge an Schulklassen aber auch an Bundewehrgruppen vermitteln.

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme hat sich in diesem Zusammenhang kürzlich entschieden, künftig auf die Mitarbeit eines langjährigen freien Mitarbeiters der Museumspädagogik zu verzichten. Grund für diesen drastischen Schritt war die Ankündigung des Pädagogen, nicht mehr als Guide für Bundeswehrgruppen zur Verfügung zu stehen, solange die Gedenkstätte nicht endlich bereit sei bzw. die Notwendigkeit erkenne, gemeinsam mit dem Team der freien Gedenkstättenpädagog/innen und den Überlebendenverbänden Fragen hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der Einstellung eines aktiven Bundeswehrsoldaten als freien Museumspädagogen zu diskutieren, wie diese es seit längerem fordern.



Ist diese Entlassung ein Versuch seitens der KZ-Gedenkstätte, einer notwendigen inhaltlichen Diskussion um Leitbilder und politische Fragen zu entgehen? Wenn ja, aus welchem Grunde sollen mit engagierten, dort seit langem tätigen freien Mitarbeiter/innen keine inhaltlichen Diskussionen geführt werden?

Die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme (AGN) als Interessensvertretung der Überlebenden und ihrer Angehörigen des Konzentrationslagers Neuengamme, sieht sich aus verschiedenen Gründen veranlasst, in dieser Angelegenheit zu intervenieren, auch, um das bislang positive Verhältnis von AGN und Gedenkstätte weiterhin zu gewährleisten.

Der Ort der Vernichtung von mehr als 50.000 Menschen und des Leidens so vieler anderer ist ein Ort der Erinnerung, des würdevollen Gedenkens und der Information. Er darf kein Ort werden, an dem ein deutscher Armeeangehöriger exponiert auftritt, für den die Richtlinien des Gehorsams und der Einsatz kriegerischer Mittel, die politisch gewollt von der Bundesrepublik Deutschland ausgehen, nicht in Frage stehen. Ebenso muss die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass Überlebenden oder ihren Angehörigen als BesucherInnen der Gedenkstätte ein deutscher Soldat als Guide gegenübersteht, auch wenn er dort nicht in Uniform erscheint.

Es geht der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme nicht darum, Angehörigen der Bundeswehr die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zu verweigern. Diese ist unbedingt notwendig, unterstützenswert und sollte

Aufgabe der politischen Bildung seitens der Bundeswehr als Organ eines sich als demokratisch gebenden Staates sein. Noch aber werden Gedenkstättenbesuche leider häufig fazu genutzt, Bundeswehrsoldat/innen auf Auslandseinsätze mit Kriegsverlauf vorzubereiten. Solange sich zudem Angehörige der Bundeswehr offiziell an Ehren- und Gedenkzeremonien für NS-Kriegsverbrecher in Mittenwald, am Ulrichsberg, auf Kreta, in Italien, Spanien, Frankreich und vor unzähligen Kriegs-Denkmälern in der BRD beteiligen, sind die Traditionslinien von nationalsozialistischer Wehrmacht und Bundeswehr keinesfalls durchbrochen.
Die AGN sieht angesichts der Geschehnisse in Neuengamme die Umsetzung der Losung „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" eklatant in Frage gestellt.

Wir verurteilen zudem die Kündigung des freien Gedenkstättenpädagogen als einen Akt der Repression gegenüber einer Person mit einem unbequemen antifaschistischen Selbstverständnis, das allerdings unabdingbar ist für die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Auch und gerade an einem solchen Ort ist die politische Diskussion und die Auseinandersetzung über Richtungen und Inhalte von Gedenkstättenarbeit unumgänglich.

Hamburg, den 6.6.2008
Für den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme

Proteste zur Eröffnung des Tamm-Museums am 25. Juli

In Hamburg demonstrierten heuten ca. 50 GegnerInnen des so genannten "Tamm-Museums", während dieses feierlich eröffnet wurde. Unter dem offiziellen Namen "Internationales Maritimes Museum Hamburg" werden dort ab heute Kriegs -und Tötungsgerätschaften aus aller Welt gezeigt, welche von der Stiftung Peter Tamms zu Verfügung gestellt wurden.
Das Gebäude (Kaiserspeicher B) wurde von der Stadt Hamburg 99 Jahre mietfrei für das Museum zur Verfügung gestellt und weiterhin brachte die Stadt 30.000.000 Euro dafür auf.
Auch wurden und werden die Verkehrsanbindungen rund um das Museum von der Stadt finanziert.
Peter Tamm konnte sich, wie er selber sagte, dadurch einen Traum erfüllen und sein Werk für die Nachwelt erhalten. Ein fragwürdiges Werk!
Unkommentiert wird militärischer Accessoire aus der NS-Zeit großflächig ausgestellt. Jegliche Erinnerungen an die Opfer des Faschismus fehlen. Allerlei Propagandamaterial hat der ehemalige Vorstandschef des Axel-Springer-Verlages zusammengetragen, um es nun der Öffentlichkeit zu präsentieren. Zivile Seefahrt kommt in diesem Museum kaum vor, satt dessen wird Kriegsverherrlichung betrieben. Der/die BesucherIn des Museums könnte glatt den Eindruck bekommen, als ob Seefahrt automatisch immer auf die Kriegsmarine zurükzuführen sei. Zu den Ausstellungsgegenständen zählen unzählige Modelle von Kriegsschiffen, Admiralsstäbe aus der NS-Zeit und Unmengen an Uniformen der deutschen Kriegsmarine. Sogar Kanonen und (U-)Boote werden gezeigt.

Peter Tamm hatte sich hohe Gäste geladen. Zusammen mit Horst Köhler und Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust eröffnete er heute Vormittag das Museum. Mit zahlreichen geladenen Gästen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde wieder ein Stück Nazivergangenheit relativiert.
Doch auch der Protest blieb nicht aus. Schon sehr früh fuhren zwei Boote vor, auf denen DemonstrantInnen provokant mit einer Flagge der Kriegsmarie feststellten: "Wir können beim besten Willen kein Hakenkreuz darin entdecken". Die "verwundeten" Seeleute spielten dazu militärische Marschmusik und übertönten zeitweise das offizielle Einweihungsprogramm. Von einem zweiten Boot wurde ebenfalls laute Musik aus Boxen gespielt und auf die Summe von 30 Millionen Euro hingewiesen.
Von Land aus wurden die beiden Boote von einer Gruppe von ca. 50 Menschen unterstützt. Durch die Polizei zurückgehalten, verlieh die Gruppe mit Transparenten und lautem Krach ihren Forderungen Ausdruck.
Ebenfalls mit von der Partie war eine Gruppe der "Rosa Armee Fraktion", welche die Schrecken des Krieges mit eindrucksvollen Theaterdarbietungen demonstrierte (siehe Fotos).
Anschleißend wurde noch eine Holzfigur von Peter Tamm enthüllt und jedeR konnte einen Nagel in den "Eisernen Peter" schlagen.
Der größte Erfolg war ein lautes Stören mit Gesängen und lustiger Marschmusik, während die MilitaristInnen eine Schweigeminute zu Fahnenhissung eingelegt hatten. So blieb der Protest von Tamm selber auch nicht nicht unbemerkt.

Da wir nun wissen, wo der Krieg und der Faschismus vor Anker liegen, wird es Zeit sie zu versenken.

aus indymedia





Am 17. - 18.Mai fanden die ersten hamburger regionalen Perspektiventage statt...

Auch wenn, oder vielleicht auch weil, sich die Beteiligung an den Perspektiventagen entgegen unseren Erwartungen und der Einschätzung des Bedarfs einer solchen Plattform gering gehalten hat, waren die Tage für die Anwesenden ein Erfolg. Etwa 50 Leute, eine spektrenübergreifende Mischung aus 15 Gruppen und einigen Einzelpersonen, diskutierten zwei Tage über private und gesellschaftspolitische Perspektiven und Vernetzung in Hamburg und Umgebung. Zu den einzelnen Ergebnissen der Workshops findet ihr hoffentlich demnächst auf unserer Homepage eine Dokumentation.

Da von vielen (z.T. nicht anwesenden) die Kritik geäußert wurde, der Aufruf zu den Perspektiventagen sei zu unklar formuliert gewesen, wollen wir mit diesem Text auch versuchen unser Konzept zu verdeutlichen und erklären, welche Stärken wir in der thematischen Offenheit sehen, warum wir uns also bewusst für diese "schwammige Ausdrucksform" entschieden haben.

Aber erstmal erzählen wir ein bisschen was denn nun passiert ist an den zwei Tagen:
Im Eröffnungsplenum stellten sich alle Gruppen anhand von den Fragen: "Wer seid ihr? Was macht ihr? Was braucht ihr?" vor, so dass alle einen Überblick über die Arbeit der Gruppen bekamen und wo denn der Schuh drückt. Dabei wurde ein erster wichtiger Schritt zur Vernetzung getan, Gruppen bekamen Gesichter und wurden damit ansprechbar.
Nach dem Mittagessen fanden Workshops zum Thema: "BESTANDSAUFNAHME-RÜCKBLICKE-UTOPIEN" statt. Workshops waren: Das Mietshäusersyndikat stellt sich vor, Antisexismus praktisch, linke Politik an der Uni, Potentiale vernetzen - anders leben, Fiese Situationen meistern, Jour fix, Gewerkschaftslinke stellt sich vor, sowie der Workshop Umweltschutz im Kommmunismus, in dem die Frage nach eigenen Konsumbedürfnissen und nachhaltigen Wirtschaften aufgegriffen wurde.
Abends wurde der Dokumentarfilm "Strike Bike - Eine Belegschaft wird rebellisch" zur Besetzung und Produktion der Strikebikes gezeigt, an den sich eine lange Diskussion über praktische Solidarität und Vernetzung anschloss.
Sonntagvormittag begann der zweite Workshopblock zum Thema "KONKRETE PROJEKTE". Dort fanden Workshops von Cafe Libertad, vom Arbeitskreis lokale Ökonomie Hamburg (bekannt u.a. durch den Umsonstladen, die freie Uni Hamburg und das Kleinmöbellager) zum Thema "Gibt es ein Leben neben der Erwerbsarbeit und zum Klimacamp statt. Die Workshops von Cafe Libertad und dem Arbeitskreis lokale Ökonomie schlossen sich spontan zusammen, da beide (auf unterschiedliche Art und Weise) an einer alternativen Gestaltung des Lebens und des Alltags basteln. Hier war Platz für viel Erfahrungsaustausch, persönliche Bedenken und das Feststellen, dass mensch mit seinen/ ihren "Sorgen" und "Bedenken" nicht alleine ist, sondern, dass gerade das die Mechanismen sind, die uns so stören und die es (gemeinschaftlich!/ zusammen!) zu bekämpfen gilt.

Wie sich gezeigt hat standen die zwei Tage für die meisten v.a. zwei Fragestellungen im Vordergrund. Zum einen, wie wir es schaffen können unsere eigenen moralisch/ideologischen Vorstellungen vom Leben auch konkret in unseren Alltag einzubauen und nicht an der allüberschattenden Logik des Kapitalismus zu kapitulieren. Zum anderen lag vielen eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit (z.B. Kampagnen) der verschiedenen linken und linksradikalen Gruppen und Strömungen am Herzen, da sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass viele Dinge besser funktionieren, wenn man sich zusammenschließt.

Entstanden ist auch die Idee eines Umsonsnetz für Hamburg. Zu dem Arbeitstitel "Umsonstnetz Hamburg - Praktische Wertkritik mit immer weniger Erwerbsarbeit" ist eine Gruppe entstanden, die dazu arbeitet, in digitaler Form möglichst alle Möglichkeiten zusammenzutragen um in Hamburg ein Leben abseits von der Macht der Märkte zu gestalten. Erste Ergebnisse lassen sich bereits einsehen (zur Zeit ist das Projekt bei www.coforum.de anzutreffen) Bitte beteiligt euch und bringt eure Erfahrungen ein, es funktioniert wie ein Wiki.
Im Abschlussplenum diskutierten alle über Sinn/ Unsinn und Erfolg/ Nichterfolg der Tage. Hier wurde besonders deutlich, dass die zahlenmäßig geringe Teilnahme dazu beitrug, dass die ersten Perspektiventage in Hamburg sehr persönlich und sehr offen verliefen. Das war insofern positiv, als dass alle Menschen, die ihr Wochenende dort verbrachten, sehr gestärkt und motiviert raus gingen und alle Lust haben, Tage wie diese zu wiederholen.

In einem Satz: es war ein guter Start für eine Sache, die häufiger und in einem größeren Rahmen stattfinden soll!

Warum das unscharfe Thema Perspektiven reicht:

Zunächst einmal ist das Thema gar nicht so unscharf, da sich jede_r, der/ die politisch arbeitet unserer Meinung nach auch die Frage stellen sollte, welche Ziele er/ sie damit verfolgt. Dies umfasst logischerweise sowohl die nächsten Kampagnen, als auch die Perspektiven, die in einer weiteren zeitlichen Entfernung liegen, als die nächsten Monate.

In Diskussionen zum Thema Perspektiven zeigten sich verschiedene Ansätze:

- die Erschaffung einer "Parallelwelt": eine Welt, in der wir uns Stück für Stück unabhängig vom kapitalistischen System machen, mit Leuten zusammen, die da auch keinen Bock mehr drauf haben. Hier steht der Gedanke im Vordergrund, dass sich Dinge über das aktive Vorleben verändern können. Diese Veränderung setzt am Alltag an und baut darauf, dass sich nach und nach mehr Menschen anschließen werden.

- Intervention in die Realpolitik: dieser Ansatz zielt darauf ab, Menschen zu unterstützen, die ganz akut und sofort Hilfe jedweder Art und Öffentlichkeit brauchen. Da diese Arbeit nicht selten unter einem gewissen (Zeit-) Druck steht, fehlt häufig der Raum für einen systemverändernden Ansatz. Nicht selten bleiben diese Aufgaben an einigen wenigen Menschen hängen, die auch häufig wegen der Gefahr von "Systemerhaltung" von anderen linken Personen für ihre Arbeit kritisiert werden. Auch wenn eine klare Ausformulierung vieler Gruppen fehlt, zielt auch diese Arbeit klar auf einen gesamtgesellschaftlichen Wandel ab.

- Only solution- revolution! Die Abschaffung des Kapitalismus und des existierenden demokratischen Systems stehen an vorderster Stelle. Es wird alles abgelehnt, was in irgend einer Form als systemerhaltend gilt oder was nicht in erster Linie auf die endgültige Abschaffung des selben zielt. Dabei ist aussenstehenden Gruppen und Einzelpersonen oft nicht klar, wie das geschehen soll.

Mit dieser ziemlich verkürzten Darstellung der verschiedenen Ansätze (die auch kei-

nerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, niemanden in irgend einer Weise diskreditieren soll auch nicht allzu analytisch ernst genommen werden sollte!) wollen wir ausdrücken, dass jegliche politische Arbeit auf eine grundlegende Veränderung aus ist, dass es nicht den richtigen Weg, sondern nur den persönlich richtigen Weg zu einem nicht näher definierten Ziel gibt. Unserer Meinung nach ist es "egal" wer dafür auf die Straße, an die Fabriktore oder in die Kommune muss, wichtig ist eine Kommunikation und eine gemeinsame Verständigung. Dabei ist es für uns unverständlich, warum wir eben nicht miteinander reden sollten, weil wir ja auch nach der Revolution miteinander leben wollen/ müssen. Genau aus dieser Verständigung entsteht ein gemeinsames Konzept/ näher definiertes Ziel/ eine Perspektive (!), wie es denn so aussehen soll und wie wir uns ein Leben "in der neuen Welt" vorstellen.

Mit unserem Aufruf wollten wir genau darauf hinaus, dass sich verschiedene Gruppen darüber unterhalten. Wir finden es schade, dass viele Hamburger_innen glauben, die Revolution geschieht im "Klüngel" und danach wird es auch nur den "Klüngel" geben, mit dem man sich auseinander zu setzen hat. Wir denken, dass sich ein globales solidarisches Miteinander auf der Welt nur vernetzt verwirklichen lässt.

Gerade weil es viele verschiedene Ansätze zu einer Veränderung gibt, haben wir uns gegen eine thematische Vorbestimmung entschieden. Zum einen, weil wir niemanden explizit ausschließen wollten und zum anderen weil wir verhindern wollten, dass sich Menschen in den Themen nicht wiederfinden. Durch einen OPEN SPACE (da eine ausführliche Erklärung diesen Artikel noch länger machen würde, hier ein **Wikipedia- Link:**
http://de.wikipedia.org/wiki/Open_Space) hat jede_r die Möglichkeit die Themen einzubringen, die ihr/ihm/der Gruppe gerade wichtig sind, sodass die Gefahr, dass Themen zu kurz kommen oder unter den Tisch fallen, möglichst gegen null tendiert.

Ein anderer Kritikpunkt war die Unterstützer_innenliste auf unserer Homepage. Wir haben uns bewusst und nach langen Diskussionen im Vorbereitungskreis (denn auch der war alles andere als homogen!) gegen Unterzeichner_innen des Aufrufs entschieden. Dabei war die entstandene Unterstützer_innenliste auf der Homepage ein Kompromiss des Vorbereitungskreises, welche vielleicht auch dazu beigetragen hat, dass sich Personen nicht mit den Perspektiventagen auseinander setzen wollten. Wir waren in diesem Punkt recht gespalten: zum einen bestand die Befürchtung, dass eine vollständige Anonymität viele Gruppen abschreckt, zum anderen, dass eine Unterstützer_innenliste Gruppen abschreckt, da sich nur wenige Gruppen auf so eine Liste setzen. Die Nachbereitung hat die Tendenz gezeigt, dass wir darauf in Zukunft darauf verzichten, da wir auch den Punkt sehen, dass es um die einzelnen Menschen geht und nicht um die Gruppen, die miteinander reden sollen und dass sich damit auch eine Unterstützer_innenliste erübrigt.

Weitere Diskussionen zu diesem Thema werden in der nächsten Vorbereitungsphase folgen.. .

Wir haben folgendes aus den Perspektiventagen mitgenommen: wir werden zu den nächsten Perspektiventagen im Februar 2009 besser informieren, dieser Artikel stellt damit den Anfang dar. Außerdem wollen wir zu den nächsten Tagen zeitlich früher mehr Veranstaltungen zu verschiedensten Themen im Programm haben, das funktioniert aber nur, wenn ihr alle euch mit euren Themen einbringt! Des weiteren hoffen wir, das nächste mal auch mehr Einzelpersonen zur Teilnahme motivieren zu können.

Schaut für konkrete Infos so ab Mitte August auf die alt bekannte Homepage: www.hamburg.perspektiventage.de und beteiligt euch an der Vorbereitung!

Wenn ihr richtig Lust auf Perspektiven und Utopien bekommen habt, schaut mal in Bremen vorbei. Dort soll im Herbst 2008 etwas ähnliches stattfinden. Wenn ihr mehr Infos dazu habt, ergänzt diese doch bitte dort wo es geht. Danke!

Der Vorbereitungskreis der Hamburger Perspektiventage!



Pressemitteilung zu militanten Aktionen gegen Nazikader am 20./21.04.08 in Hamburg Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern - Barmbek dichtmachen

Am 1. Mai werden NPD, Junge Nationaldemokraten und das "Kameradschaftsspektrum" versuchen, einen bundesweiten Naziaufmarsch in Hamburg Barmbek durchzuführen. 10 Tage vorher haben wir an den Wohnorten von Führungspersonen der Hamburger Naziszene Scheiben eingeworfen, Farbe aufgelegt und das eine oder andere Kraftfahrzeug abgebrannt.
Betroffen waren:

Jürgen Rieger, Auguste-Baur-Strasse 22, Drahtzieher in brauen Netzwerken, NPD Landesvorsitzender in Hamburg, als Redner am 1. Mai vorgesehen.
Gisa Pahl, Dahlengrund 55e, zentrale Person im "Deutschen Rechtsbüro", Herausgeberin von Rechtshilfebroschüren, zuständig für rechtliche Beratung und Unterstützung von militanten Nazis.
Karl-Heinrich Göbel, Hartje-Reiter-Weg 57, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD.
Ulrich Harder, Rehhoffstr. 9, langjähriger NPD Vorsitzender Hamburgs.
Dirk Schermer, Poppenbüttler Landstr. 107, beteiligt an NPD Infoständen und Demos der letzten Jahre.
Günther Schlemmer, Trommelstr. 27, DVU Vorsitzender in Hamburg
Jan-Steffen und Peggy Holthusen, Helma-Steinbachweg 8c, ehemals organisiert im Bramfelder bzw. Hamburger Sturm, beteiligt am Club 88 in Neumünster.

Diese Aktionen sollen den Druck auf die Nazis erhöhen, sie in ihrer Nachbarschaft outen und die Wohnorte für weitere Initiativen markieren. Sie sind eine Kampfansage für den 1. Mai.

Mehr als 15 Jahre verscuhen Neonazis in der BRD den 1. Mai, den traditionellen Kampftag linker Bewegungen auf der ganzen Welt für Emanzipation, für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung für sich zu besetzen. Neben regelmäßigen Aktivitäten zur Verherrlichung des Nationalsozialismus (wie z.B. "Hessgedenken", Dresden etc.) möchten sie diesen Tag mit sozialrevolutionärer Pose in ihren Kalender einzuschreiben. Nach anfänglichen schwachen Versuchen mit nur einigen hundert Teilnehmer_innen, kommt es seit dem 1.Mai 1998 in Leipzig jährlich zu Aufmärschen tausender Nazis am 1. Mai. Antifaschistischer Widerstand gegen diese Manifestationen war nicht immer erfolgreich. Aber immer dann, wenn viele Menschen mit unterschiedlichsten Mitteln die Demonstrationsrouten besetzten, die anvisierten Aufmarschstadtteile zu Orten kämpferischen antifaschistischen Engagements machten, erlitten die Nazis so manche Niederlage, mussten sie ihre Aufmärsche abbrechen bzw. konnten sie nicht durchführen. Als Beispiele seien genannt der 1. Mai 1998 und 2005 in Leipzig, Franfurt 2001 und Berlin 2004. 2008 werden Antifaschistinnen den Stadtteil Barmbek zumachen und sich den Nazis entschieden entgegenstellen - ob nun mit Barrikaden, Strassenblokaden, ob mit Rhythmen antifaschistischer Musik, wütender Parolen oder prasselnder Steine - No paseran!

Wir sind ganz zuversichtlich, dass dies gelingen wird, zumal dankenswerterweise die sozialrevolutionäre 1. Mai Demo auf den Vorabend verschoben worden ist und auch die Maydayzusammenhänge nach Barmbek mobilisieren. Zeitlich gibt es also keine Konkurrenzevents aus dem undogmatischen linken Lager. Die freundliche Unterstützung von Genoss-innen aus anderen Städten wird unsere Kampfkraft zusätzlich erhöhen. Der Hamburger DGB macht mit seiner Entscheidung, seine 1. Mai Demo nicht wie ursprünglich geplant in Barmbek zu machen, sondern sie nun nach St. Pauli zu führen deutlich, dass der DGB den Naziaufmarsch nicht verhindern will. Die vom DGB initiierte Unterschriftensammlung gegen die Nazidemo und das in St. Pauli geplante antifaschistische Kulturprogramm werden als Kampfmaßnahmen gegen den Aufmarsch niemanden überzeugen. Gut, dass die DGB-Jugend dieses Spaltungssiel nicht mitmacht und auch nach Barmbek mobilisiert.
Der Polizeieinsatz am 01.05. wird als eine erste Bewährungsprobe des sich wenig später konstituierenden schwarz-grünen Senats zu bewerten sein. Angesichts der Person des jetzigen und künftigen Innensenators Nagel, dessen Amtszeit sich durch das polizeiliche Durchprügeln und Durchsetzen von Nazidemos und Nazikonzerten auszeichnet, machen wir uns über den Charakter des Einsatzes keine Illusionen.

Aber Bangemachen gilt nicht, der 1. Mai ist unser Tag. - Kein Naziaufmarsch Barmbek, Nürnberg und anderswo! - Freiheit für Andrea, Christian und Natalja, die in Berlin und München im Knast sitzen u.a. wegen antifaschistischer und antikapitalistischer Praxis am 1. mai

Militante Kooperationen zur Verhinderung des Naziaufmarsches am 01.05.08

WEINE DOCH WEIL DIE FARBE FÄLLT
TAMM TAMM
WIR HOFFEN, DASS SIE EWIG HÄLT
TAMM TAMM
AUCH AUFS NEUE MUSEUMS-HAUS
LANDET SICHER FARBE DRAUF
ALLES ALLES ALLES
GEHT ENTZWEI
UND WIR SIND DABEI!

Am 23.Juni haben wir an der Fassade des ehemaligen Tamm-Museums in der Elbchaussee 277 Farbe angebracht.

Aktionsgruppe gegen Militarismus und Nazis

BURN PORSCHE BURN!

Wagensport Hamburg sagt Hallo

Der erste Mai steht vor der Tür und zwei Porschenobelkarossen der Marken Cayenne und Carrera stehen in Flammen. Als Einstieg in den Wagensport in Hamburg sind am 25.04.08 zwei nutzlose klimakilllende Karren zerstört worden.

Wir grüßen die Freiraum Kampagne.
Rigaerstrasse und XB-Liebig bleiben!
Ungdomshuset kommt!
Erster Mai 2008 Naziaufmarsch verhindern!



Von Briefen an die Redaktion bitten wir abzusehen, wir wissen, dass dies hier keine Porsche sind!

Solidarität statt Paranoia - Wir sind immer noch alle 278a!

Seit 21. Mai 2008 sitzen nun zehn TierrrechtsaktivistInnen in U-Haft, verteilt auf drei Bundesländer (Wien, Niederösterrreich, Burgenland). Die U-Haftgründe der Verdunkelungsgefahr sowie Tatbegehungsgefahr sind nach wie vor aufrecht. Da die Verdunkelungsgefahr allerdings nur zwei Monate lang Grund für die Verhängung der U-Haft sein kann, fällt diese allerspätestens am 21. Juli 2008 weg. Mit dem Haftgrund der Tatbegehungsgefahr - im übrigen damit begründet, dass die Betroffenen seit Jahren in der Tierrechtsszene aktiv sind und zu ihrer Überzeugung stehen - ist eine Verlängerung auf bis zu ein Jahr möglich.

Derzeit warten wir auf die Ergebnisse der U-Haftbeschwerden, die von den AnwältInnen vor einigen Wochen eingeleitet wurden. Das bedeutet, dass eine dem zuständigen Landesgericht Wiener Neustadt übergeordnete Instanz, nämlich das Oberlandesgericht Wien nach Prüfung der Aktenlage über die Rechtmäßigkeit der Verhängung der U-Haft entscheidet. Eine neuerliche Anhörung der Beschuldigten und ihrer Verteidigung ist dabei nicht vorgesehen, die U-Haftbeschwerde ist nämlich ein rein schriftliches Verfahren. Sollte das Oberlandesgericht zum Schluss kommen, dass die Verhängung der U-Haft ungerechtfertigterweise erfolgte, so sind die zehn Betroffenen unverzüglich zu enthaften. Wenn hingegen die U-Haftbeschwerde negativ entschieden wird, dann löst dies eine Frist von zwei Monaten bis zu nächsten Haftprüfung aus, was bedeutet, dass erst Anfang September neuerlich über die Verhängung der Untersuchungshaft entschieden wird. Das bedeutet, dass erst im September die nächste Möglichkeit auf Enthaftung besteht, nach mehr als vier Monaten U-Haft.

Wir dürfen auf die Entscheidung des Oberlandesgerichts Wien gespannt sein. Nach derzeitigem Wissensstand bezüglich der Akten ist die Beweislage nach wie vor mehr als dürftig. Einige der anfangs noch massiv in den Medien kolportieren angeblichen Brandstiftungen der kriminellen Organisation finden lediglich als ein weiterer unaufgeklärter "Anschlag" ohne Verknüpfung mit den Betroffenen Erwähnung in den Akten. Die anfänglich angegebene Schadenshöhe ist medial von 800.000⁴ auf 300.000⁴ geschrumpft und wir müssen annehmen, dass diese "Überschlagsrechnung" der Staatsanwaltschaft noch kleiner werden wird, da im Akt keine Hinweise auf die genaue Zusammensetzung dieser Summe zu finden sind. Andere - der kriminellen Organisation zugerechneten Delikte - wie z.B. eine gefährlichen Drohung über die Verbreitung vergifteter Zahnpasta - sind gänzlich verschwunden. Letzteres Beispiel verdeutlicht einmal mehr die Willkür, mit der hier wahlllos zusammengewürfelte und unaufgeklärte Delikte einer konstruierten kriminellen Organisation untergejubelt werden. Die anderen angeführten Delikte sind allesamt strafrechtliche Lappalien, wie z.B. der Einwurf einer Fensterscheibe oder das Sprayen von Graffitis, die in die bezirksgerichtliche Zuständigkeit fallen würden und dort vermutlich diversionell d.h. außergerichtlich und somit ohne Bestrafung erledigt worden wären.

Nach wie vor gibt es keine Stellungnahme der Staatsanwaltschaft, wie genau die besagte kriminelle Organisation aufgebaut sein soll, damit eine Strafbarkeit nach § 278a StGB gegeben und die U-Haft auch tatsächlich gerechtfertigt wäre. Der Verdacht, dass hier auf gut Glück ermittelt wurde, die Auswertung nach wie vor nichts Konkretes hervorgebracht hat und den Betroffenen ihr wahrgenommenes Recht auf Aussageverweigerung als "nicht kooperationsbereit" vorgeworfen wird, weil sie sich z.B. nach wie vor weigern ihre Pass- und Codewörter für verschlüsselte Festplatten

rauszurücken, ist nur die Spitze des Eisbergs. Fundamentale und verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte werden ausgehöhlt und politische AktivistInnen zu VerbrecherInnen stilisiert. Langjähriger legaler Aktivismus wie z.B. Kampagnenarbeit, Teilnahme an Kundgebungen, Demos, das Verfassen von Flugblättern oder der öffentliche Auftritt bei einer Podiumsdiskussion wird nun als Indiz für angebliche strafrechtlich relevante Delikte zurechtgebogen. Die Tatsache, dass Betroffene Firmenbuchs-, Grundbuchs- oder Melderegisterauszüge von Tierhaltungsbetrieben, Konzernleitungen, Vorstandsmitglieder oder PressesprecherInnen zuhause rumliegen hatten, wird nun quasi als verhärteter Verdachtsmoment gegen sie ausgelegt. Übersehen wird dabei, dass jede NGO im Zuge einer Kampagnentätigkeit gänzlich legale "Nachforschungen" über Personen des öffentlichen Lebens oder Firmen anstellt, um erst mal ausfindig zu machen, wo und in welcher Form Protest sinnvoll und effektiv ist. Auch die vorgeworfene "Abschirmung gegen Strafverfolgungsmaßnahmen" kann jedEr treffen: logischerweise verwenden wir PGP-Verschlüsselung, Wertkartenhandys und schalten diese auf Treffen ab bzw. lassen sie ganz zu Hause liegen - wer will schon Peilsender mit sich rumtragen.
Das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik empfiehlt übrigens gegen Wirtschaftsspionage genau das, was wohl unter die "Abschirmung gegen Strafverfolgungsmaßnahmen" aus Sicht der StaatsschützerInnen fällt - siehe zB: http://www.bsi.bund.de/literat/faltbl/F25abhoeren.htm Ferner hat das deutsche Innenministerium die open-source-Alternative zu pgp, gnupg jahrelang finanziert und die Weiterentwicklung gefördert.
Wir müssen nach wie vor davon ausgehen, dass massiv - und unabhängig von Tierrechtsaktivismus und den betroffenen Menschen samt Politgruppen und Umfeld - bespitzelt und überwacht wird, großflächig vom Lauschangriff und dem neuen Sicherheitspolizeigesetz Gebrauch gemacht wird (Telefon-, Handyabhörung, Ortung, Bewegungsprofile, Auswertung öffentlicher und privater Überwachungskameras, Providerabfragen, Emailscanning…) und auch Teile der Solistrukturen rund um die Betroffenen beobachtet werden. So findet sich im Akt neben den Erklärungen und Texten der Rechtshilfe auch Ausdrucke von no-racism.org und at.indymedia.org
Wir rechnen weiters damit, dass bald Vorladungen zur Polizei und/oder Staatsanwaltschaft ins Haus flattern werden, da die Exekutive - da sie nun mal von den Leuten in U-Haft keine Auskünfte erhält - sich anderweitig Informationen zur Untermauerung ihrer Phantasien zur kriminellen Organisation erhofft. Meldet euch in diesem Fall bei der Rechtshilfe!
Aussageverweigerung ist nicht nur ein fundamentales Grundrecht, sondern ein politisches Mittel zum Schutz unserer Strukturen und Arbeit - informiert euch darüber und macht davon Gebrauch!
Genau wie der § 129 a und b in Deutschland wird § 278a hier dazu verwendet, um politisch aktive Menschen zu kriminalisieren, auf breiter Ebene gegen sie zu ermitteln, zu bespitzeln und einzuschüchtern. Wir lassen uns aber nicht einschüchtern, im Gegenteil: die vielen Soliaktionen auf der ganzen Welt sind Teil des solidarischen Protest mit den 10 Leuten im Knast und den weiteren Betroffenen der Hausdurchsuchungen.

Alle raus aus dem Häfn und zwar sofort! - Aussageverweigerung ist eine Waffe! - Wir sind alle § 278a!

Hausdurchsuchung bei FSK-Journalist und Transmitter-Redakteur

Am 11.06. wurde Jens Stuhlmann durch die Schreie "Aufwachen Polizei!" geweckt und blickte auf zwei Leute, die mit gezogener Waffe an seinem Bett stehen. Kurz drauf wird seine Wohnung und sein Auto von 6 Beamten der Kriminalpolizei in Zivil sowie zwei weiteren Zivis bislang ungeklärter Herkunft durchsucht. Auch die Wohnung seiner ehemaligen Lebensgefährtin wurde an diesem Tag durchsucht.
Offizieller Anlass war ein Ermittlungsverfahren wegen Betruges. Dabei sollen unter dem Namen "Ralf Stuhlmann" Onlinebestellungen bei Apotheken im Gesamtwert von 1300 durchgeführt worden sein ohne zu bezahlen.
Seine Computer wurden beschlagnahmt, obwohl Jens seinen Presseausweis vorzeigte und darauf hinwies, dass sich auf dem einen ausschließlich Daten von FSK für die Produktion des Transmitter befinden würden. Kurz vor Abzug wurde dem Transmitter-Redakteur noch eine Vorladung zur erkennungsdienstliche Behandlung überreicht.
Während der Durchsuchung ließen die Cops verlauten, er - der Hausdurchsuchte - habe zusammen mit dem FSK die Barmbeker Antifa Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai organisiert.



Schau ein GAU

Endlager zu Ende, bevor es angefangen hat

Radioaktives Wasser im "Endlager" Schacht Asse II nachgewiesen!

Selbst Horst Köhler, ein Mensch, der dem Betrieb von Atomanlagen nicht sonderlich skeptisch gegenüber steht, hat vor einigen Wochen erkannt: Atomanlagen zu betreiben ist eine schlechte Idee, denn es gibt ja keine sicheren Endlager. Dabei ist der Begriff "nicht sicher" eigentlich eine dramatische Verharmlosung. Sogenannte "Endlager" sind nach bisherigem Stand lediglich Anlagen zur verzögerten Freisetzung von Radioaktivität, und halten mit Nichten den durch die Vorsilbe "End-" erweckten Eindruck, mit dem Vergraben von Atommüll wäre "die Sache" dann zu Ende. In den vergangenen Wochen konnten wir am Schacht Asse II Zeugen einer dramatischen Entwicklung werden, die sogar Atomkraftgegner_innen die Sprache verschlagen hat. Aber von vorn:.
In das ehemalige Salzbergwerk Schacht Asse II wurden von 1967 bis 1978 ca. 125.000 Gebinde mit schwach- und zirka 1300 Gebinde mit mittelradioaktivem Abfall eingelagert. Da es damals noch kein Atomrecht gab, konnte dies nach Bergrecht und ohne jegliche atomrechtliche Genehmigung, geschehen.
Schon in den 70er Jahren wurde von Anwohner_innen darauf hingewiesen, dass der Schacht Asse II wohl kaum als aAtomares Endlager taugen könne.
Im Januar 1979 veröffentlichte Hans-Helge Jürgens, Mitglied der ASSE-Gruppe des Braunschweiger Arbeitskreises gegen Atomenergie, eine Studie mit dem Titel: Atommülldeponie Salzbergwerk ASSE II: Gefährdung der Biosphäre durch mangelnde Standsicherheit und das Ersaufen des Grubengebäudes.
Diese wurde kaum zur Kenntnis genommmen, es war die Hochzeit des Atomkonfliktes und solche Zwischenrufe nicht erwünscht. Doch die Fakten sprechen für Jürgens.
Der Schacht Asse II wurde 1906 gegraben, nachdem die erste Schachtanlage, Asse I, nur 1,5 km entfernt nach einem Wassereinbruch voll gelaufen war.
1911 wurde mit dem Abteufen des Schachtes ASSE III bei Klein-Vahlberg begonnen. Wegen unerwarteter Schwierigkeiten wurde dieser Schacht erst 1921 mit einer Tiefe von 725m fertiggestellt. Als Folge der Krise in der deutschen Kaliindustrie wurde der Abbau auf dieser Schachtanlage niemals aufgenommen. Nach seiner Stilllegung 1924 floss Wasser von oben zu. Heute steht in dem Schacht der Wasserspiegel ca. 9m unterhalb des Schachtdeckels.
Der vierte Schacht im Höhenzug der Asse, der Schacht Hedwigsburg, säuft 1921 in der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober ab, und muss aufgegeben werden. Fünfzehn Jahre später stürzen unter "erdbebenartigem Getöse" die durch den Bergbau entstandenen Holräume zusammen, Hallen und Schornsteine der noch stehenden Schachtanlagen werden in die Tiefe gerissen. Es entsteht ein noch heute existierender Salzsee. Trotz dieser gelinde gesagt "ungünstigen Rahmenbedingungen" lässt sich die Bundesregierung 1971 zu der verwegen Äußerung hinreißen: "Die BRD hat ... mit dem Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel ein Endlager geschaffen, das nach vollem Ausbau die bis zum Jahr 2000 anfallenden etwa 250.000 cbm radioaktiver Rückstände sicher aufnehmen kann."
2008 wird eine Bundesregierung fast wortgleich die Genehmigung des "Schacht Konrad" zur Endlagerung schwach und mittelradioaktiver Abfälle aussprechen.
Zurück zur Asse. Nur wenige Jahre nach dem Ende der Einlagerung von Atommülll wird 1988 festgestellt, dass täglich 12 Kubikmeter Lauge in den Schacht laufen, von der mensch nicht weiss, woher sie kommt.
1994 wird festgestellt, dass ein nicht mehr beherrschbarer Wassereinbruch in das Bergwerk nicht auszuschließen ist. 1995 beginnt die Verfüllung mit Abraumsalz, seitdem bringen Tag für Tag Güterzüge Abraumsalz zur Schachtanlage, das dann in die Hohlräume geblasen wird. Schließlich kommen die Betreiber_innen auf die verwegene Idee, das gesammte Grubengebäude mit einer Salzlösung zu fluten, ehe es unkontrolliert absäuft.
Gegen dieses Vorhaben regt sich seit einigen Jahren Widerstand. Gefordert wird, den Müll wieder aus dem Berg zu holen, bevor die Grube absäuft. Doch jene Wissenschaftler_innen, die über Jahrzehnte sagten, Asse II sei so ganz anders als Asse I und Asse III, behaupten nun, das Rückholen des Atommülls würde viel zu lange dauern, bis dahin sei die Grube abgesoffen.
Es ist von linker Seite wenig tröstend, wenn sich wiedereinmal herausstellt, dass die Kritik an den Atomanlagen berechtigt ist. Doch in den letzten Wochen hat sich die Situation in der Asse zugespitzt. Noch im Frühjahr behaupteten die Betreiber_innen, dass es bislang nicht zu einem Kontakt zwischen dem zulaufenden Wasser und dem Atommmüll gekommen sei. Bei einer Aussprache im niedersächsischen Umweltausschuss des Landtages kam jedoch heraus, dass schon heute die Lauge in den tiefsten Schichten des Bergwerkes, also unterhalb des Atommülls, mit Cäsium 137 und Plutonium und anderen Radionukleiden verseucht ist. Die Grenzwerte werden zum Teil um das 8-fache überschritten. Damit sind die schlimmsten Befürchtungen der Gegner_innen sogenannter Endlager erneut übertroffen worden. Selbst nach einer



Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz muss davon ausgegangen werden, dass bereits in 150 Jahren Radioaktivität an der Oberfläche freigesetzt wird.
Legt man die Halbwertzeit bisheriger Prognosen zur Asse an diese Berechnung an, ist es nicht unwahrscheinlich, dass wir noch Zeitzeugen einer weiträumigen radioaktiven Versseuchung im südlichen Niedersachsen werden.
"Heute würde niemand den Fehler machen, in so einem maroden Bergwerk wie Asse II Atommüll einzulagern.", sagen Betreiber_-innen und die Bundesregierung 2008 , und treiben gleichzeitig weiter die Endlagerung in Gorleben voran. Bereits im November dieses Jahres sollen wieder 12 Behälter hochradioaktiven Atommülls nach Gorleben geschafft werden. Die Asse zeigt, wie notwendig es ist zu verhindern, dass der Dreck einfach vergraben wird und so die Folgen des Betriebs von Atomanlagen unter den Teppich gekehrt werden können. Wem nach all den Jahren der Sinn dieser Aktionen aus dem Blick geraten ist, dem oder der mag die Asse eine Motivation sein, wieder in die Vollen zu gehen. Es gibt tausend andere Gründe gegen den Betrieb von Atomanlagen zu sein, im nächsten Heft gibt's wieder welche - bedient Euch!

Normalbetrieb
In den vergangenen Monaten gab es derart viele Störfälle, dass die Auswahl an dieser Stelle keine umfassende Liste ist (was sie ja auch sonst nicht ist), sondern eine beliebige Auswahl, eventuell nicht einmal der dramatischsten Geschichten. Es lohnt sich auf jeden Fall, ab und an auf die Seite von ContrAtom zu schauen, die das Ganze sehr aufwendig dokumentieren.

März 2008 AKW Hatch / USA
Das Atomkraftwerk Hatch in Georgia wurde automatisch heruntergefahren, nachdem ein Techniker ein Software-Update auf einem Rechner im Verwaltungsnetz einspielte und diesen neu startete. Dabei versuchte sich der PC mit einem Server des primären Kontrollsystems zu synchronisieren und setzte dabei dessen Datenspeicher zurück. In der Folge interpretierte das Sicherheitssystem das Fehlen von Daten als einen Abfall der Wassermenge im Kühlreservoir der Kühlung, woraufhin Block 2 des Kraftwerks herunterfuhr.

Quelle heise-online
Zum Thema: wie still kann ein AKW liegen
29.5.08 AKW Stade (stillgelegt !!!)
Im dem derzeit im 'Rückbau' befindlichen AKW Stade ist es am 29.05.08 nach einem Riss zwischen zwei Leitungen zu einem Leck und dadurch zu einer 'radioaktiven Kontamination' innerhalb des Atommeilers gekommen.
Quelle: E.ON-Presseerklärung vom 05.06.08

zum Thema: alle Sicherheitssysteme sind mehrfach vorhanden
13.6.08 AKW Ringhals / Schweden
Wie der Betreiber Ringhals AB mitteilte, seien bei Wartungsarbeiten Probleme bei Hilfspumpen des Kühlsystems festgestellt worden waren. Wie ein Kraftwerkssprecher am Freitag mitteilte, war bei zwei der drei Hilfspumpen eine ungenügende Förderleistung gemessen worden. Es werde jetzt weitere Untersuchungen geben. Der Reaktor bleibe aus diesem Grunde für etwa einen Monat weiterhin abgeschaltet.
Quelle: Powernews / dpa ... -

....nach einem Erdbeben mussten am 14.6. mehrere Japanische AKW abgeschaltet werden, ..., seit einem Jahr liegen alle 7 Reaktorblöcke des weltweit größten AKW-Komplexes Kashiwazaki-Kariwa wegen der Schäden durch ein schweres Erdbeben still, bei einem Kühlmittelverlust im Slowenischen Krsko traten hunderte Liter radioaktives Kühlwasser aus ....

Aktion

26.5.2008. Hamburg
Mehr als 500 Menschen rockten mit Rantanplan am 26.5. im Schanzenpark gegen das Deutsche Atomforum. Am nächsten Tag wurde die Tagungsteilnehmer_innen mit dem Transparent: "Sofortige Stilllegung der Herrschenden Klasse weltweit" begrüßt. Durch eine Abseilaktion gegen 8.30 gingen die Atomgegner_innen früh in Führung, so dass sich die gegnerische Mannschaft genötigt sah, die Hamburger Höhenrettung / Feuerwehr einzuwechseln, um die Aktivist_innen zu stoppen. Gegen die schiere Anzahl von mehr als 1000 Tagungsteilnehmerinnen setzte das Team schwarz / rot auf inhaltliche Argumente, und die Überlegenheit der aufgebauten Konzert PA vom Vorabend.

4.6.2008 . Gronau
Am 4. Juni 2008 wurden erneut 1000 Tonnnen gefährlichen abgereicherten Uranmülls in Form von UF6 aus Gronau von der Firma Urenco transportiert. Die heiße Fracht soll noch in den kKommenden Tagen nach Russland verschifft werden. So fand eine Demonstration in Münster statt. Der Zug traf aber mit erheblicher Verspätung in Münster ein. Grund dafür war die Abseilaktion einer Aktivistin bei Steinfurt-Borghorst, die den Transport, wie schon am 16.1. 2008, mehr als eine Stunde lang aufhalten konnte.
Die Polizei reagierte zunächst sehr nervös auf die Aktion, ein Polizist versuchte die Aktivistin mit Pfefferspray zu attackieren. Er vergifftete sich aber selbst.

Ankündigungen

Samstag, 5. Juli 2008,
Kundgebung am Schacht Asse II bei Remlingen, 11 Uhr, Grund siehe oben
KRÜMMEL BLEIBT AUS! - Blockade des AKW Krümmel
Das AKW Krümmel darf nicht wieder ans Netz gehen!
Angesichts der ständigen Gefahr eines verheerenden Atomunfalls auch in Krümmel sowie der Probleme und Gefahren beim Betrieb von Atomanlagen rufen wir auf zur BLOCKADE des AKW Krümmel, sobald der Reaktor wieder angefahren werden soll!
Als Termin wird der Freitag nachmittag, 14.00 Uhr genannt, BEVOR das Atomkraftwerk wieder angefahren wird.
Gelingt dies nicht - aufgrund der mangelnden Öffentlichkeitsarbeit der Aufsichtsbehörden oder Vattenfalls - wird es der Freitag NACH dem Wiederanfahren sein.
www.akw-brunsbuettel-stillllegen.de
www.contratom.de

12.7.2008 Paris
Europaweite Demonstration gegen den Ausbau von Atomanlagen, den EPR, und für erneuerbare Energien. 14°° Place de la republique



Kein Gelöbnis in Lüchow oder sonstwo

Flora forever!



Stilleben vom letzten mal: Am Samstag den 6.9.2008 findet das diesjährige Straßenfest im Schanzenviertel statt!

Rote Flora im Juli

Mittwoch, 02.07.08
Konzert: Hardcore: Titan
Beginn: 22:30

Freitag, 04.07.08
Konzert: Post-Hardcore: Who calls so loud
www.pinktankentertainment.com/
www.myspace.com/whocallssoloud
Einlass: 21:00

Samstag, 05.07.08
Party: 80er-Trash-Party
Anti-Repressionskosten-Soliparty
Elektro, Drum 'n' Bass
Einlass: 23:00

Montag, 07.07.08
Konzert: Red Herring, Discarga
www.pinktankentertainment.com
www.myspace.com/redherringpdx
www.myspace.com/discarga
Einlass: 21:00

Freitag, 11.07.08
Party: Brainstorm: "karmageddon"

Live: MARK HAWKINS - DJAX-UP-BEATS - UGLY FUNK, UK, www.myspace.com/theoriginalmarkhawkins
AGGRACID - BRAINSTORM - ACID-WARS, HAMBURG,
www.myspace.com/globalacid
TWO-O-ONE - BRAINSTORM - SUBWORX, HAMBURG,
www.myspace.com/whodiniakatwooone

Vinyl: RE: 5 - UGLY FUNK, UK,
www.myspace.com/jack_krank
PUNISHER - BRAINSTORM - ACID-WARS, BERLIN, www.myspace.com/punisherglobalacid
Einlass: 23:00

Samstag, 12.07.08
Elektronische Musik/ Techno Fuse
DJ´s: Harre + Henry + Marc S.
Visuals by Fuse
Einlass: 23:00

Mittwoch, 16.07.08
Konzert: Meneguar, Tar...Feathers
www.myspace.com/meneguar
www.myspace.com/tarfeathers
www.pinktankentertainment.com
Einlass: 20:00

Freitag, 18.07.08
Musical- Kabarett
Revolte Springen
www.revolte-springen.de/
Einlass: 20:00

Samstag, 19.07.08
Party: Tanz und Rebellion gegen Abschiebung, Prozesskosten-Soli Dub Cafe Soundsystem
Beginn: 23:00

Samstag, 26.07.08
Konzert: Amalthea (Screamo, Schweden), Only for the Sake of Aching (Screamo, Aurich)
www.amalthea.cc/
www.onlyforthesakeofaching.de
Einlass: 21:00

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr